



Hamburg gemeinsam gestalten

Bürgerbeteiligung und -information in der Stadtentwicklung

**STADT
WERK
STATT**
auf Dialoge bauen



Hamburg

INHALT

S. 3 Vorwort der Senatorin

Teil 1: Bürgerbeteiligung heute

S. 4–5 Die Bürgerinnen und Bürger als Mitwirkende
Wachsende Bedeutung von Bürgerbeteiligungen
in Deutschland

S. 6–7 Was kann Bürgerbeteiligung leisten?
Die Chancen und Grenzen von Bürgerteilhabe

S. 8–9 Die formelle Partizipation
Gesetzlich vorgeschriebene Öffentlichkeitsbeteiligung

S. 10–11 Die Vielfalt informeller Beteiligung
Die verschiedenen Ebenen von Bürgerbeteiligung
in Hamburg

S. 12–13 Wenn Bürgerinnen und Bürger abstimmen
Bürgerbegehren und -entscheide in Hamburg

Teil 2: Beteiligung erfolgreich gestalten

S. 14–15 Wie gelingt Beteiligung?
Kriterien für erfolgreiche Bürgerbeteiligung

S. 16–19 Das Beteiligungskonzept
Strategie entwickeln, Methoden auswählen

S. 20–21 Das Feld erkunden
Interviews, aktivierende Befragungen und Fokusgruppen

S. 22–23 Alternativen zur Podiumsveranstaltung
Wie Informationsveranstaltungen besser gestaltet werden können

S. 24–25 Gemeinsam ins Arbeiten kommen
Die Funktion von Planungs-Workshops und -Werkstätten

S. 26–27 Die Weisheit der Vielen nutzen
Methoden für die Arbeit mit Großgruppen

S. 28–29 Die Dinge selbst in die Hand nehmen
Von der Planungszelle über Bürgermoderatoren bis zur Selbstorganisation

S. 30–31 Von Kids bis zu Senioren
Zielgruppenspezifisch beteiligen

S. 32–33 Das Eisen aus dem Feuer holen
Konflikte bearbeiten: Vom Runden Tisch bis zur Mediation

S. 34–35 Transparenz schaffen
Die begleitende Öffentlichkeitsarbeit zu Planungsverfahren

S. 36–37 Ein globales Medium lokal nutzen
Online-Information und -Beteiligung in Planungsprozessen

S. 38 Schlusswort: Anregungen zur „angemessenen“ Bürgerbeteiligung

S. 39 Impressum

Hinweis: Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Alle Personenbezeichnungen gelten selbstverständlich für beide Geschlechter.

VORWORT



Foto: BSU

Stadtentwicklung in Hamburg ist auch immer ein Stück gelebte Demokratie. Wo geplant und gebaut wird, führen häufig unterschiedliche Interessen zu lebhaften Debatten mit vielen Beteiligten: den Bewohnerinnen und Bewohnern, Investoren und privaten Bauherren, der Politik und Verwaltung.

Der Senat hat im „Vertrag für Hamburg“ mit den Bezirken vereinbart, dass es zusätzlich zu den gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrensschritten weitere Bausteine zur Beteiligung der Bürger geben soll. Die Belange der Bürgerinnen und Bürger können so frühzeitig in das Verfahren eingebracht und angemessen berücksichtigt werden, um breit getragene Planungsergebnisse zu erzielen. Eine gute Beteiligung kann die Planung optimieren und die Bürgerverantwortung stärken. Wir möchten damit die Planungskultur in Hamburg weiter verbessern, intensiver informieren und je nach Ausgangslage die richtige Form der Beteiligung finden. Die Einrichtung der Stadtwerkstatt ist ein wichtiger Baustein auf diesem Weg.

Diese Broschüre lädt ein, die Planungspraxis und Gesprächskultur gemeinsam weiterzuentwickeln. Sie richtet sich gleichermaßen an Planungsverantwortliche in Politik, Verwaltung und bei privaten Bauherren wie an interessierte Bürgerinnen und Bürger. Im ersten Teil werden die vielfältigen Rahmenbedingungen für Bürgerbeteiligung in Hamburg skizziert. Der zweite Teil liefert zahlreiche Hinweise, mit welchen Strategien und Methoden sich formelle wie informelle Teilnahmeverfahren künftig optimieren und miteinander verknüpfen lassen.

Wenn alle gemeinsam und vertrauensvoll an einer Verbesserung der Planungskultur mitwirken, können wir auftretende Konflikte gemeinsam lösen. Ich freue mich auf Ihre Beteiligung.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Jutta Blankau'.

Jutta Blankau
Senatorin

BÜRGERINNEN UND BÜRGER ALS MITWIRKENDE

WACHSENDE BEDEUTUNG VON BÜRGERBETEILIGUNGEN IN DEUTSCHLAND

Bürgerbeteiligung – wie wir sie heute kennen – ist historisch betrachtet ein relativ junges Phänomen, das in Deutschland bis in die 1950er Jahre kaum eine Rolle spielte. Erst in den 1960er und 1970er Jahren verbreitete sich die Idee der Beteiligung in Deutschland rasant. So hat sich allein 1973 die Zahl der Bürgerinitiativen auf circa 3000 erhöht und damit fast verdoppelt. Die Politik reagierte auf dieses Bedürfnis nach einer direkteren politischen Teilhabe. U. a. hat sie 1971 im Städtebauförderungsgesetz intensivere Beteiligungsmöglichkeiten verankert. Mit der Novelle des Bundesbaugesetzes (BBauG) von 1976 führte sie zudem das „zweistufige Beteiligungsverfahren“ ein, das eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit vorsieht und eine öffentliche Auslegung der Planentwürfe in jedem Verfahren vorschreibt.

Ab 1980 stieg die Anzahl der Beteiligungsverfahren weiter stark an. In den 1990er Jahren sind die formalen Verfahren dann gut etabliert: Die Bürgerbeteiligung ist nun Teil der Gemeindeordnungen der Bundesländer. Bürgerbegehren sowie Bürgerentscheid sind vielerorts inzwischen geübte Verfahren.

Gesellschaftlicher Wandel ändert die Anforderungen an Beteiligungsprozesse

Diese Entwicklung geht einher mit Diskussionen über veränderte Rollen der einzelnen Akteursgruppen. Bürgerinnen und Bürger wollen sich vermehrt in Planungsprozesse einbringen und engagieren sich zum Teil mit großem Einsatz für ihre Interessen: 80 Prozent der Bundesbürger wünschen sich mehr Beteiligungs- und Mitsprachemöglichkeiten in der Politik. Vertreter der öffentlichen Hand sind zunehmend auch Moderatoren und Teilnehmer von Aushandlungsprozessen verschiedener Interessen.

Funktion und Vorteile von Beteiligungsverfahren

Eine Beteiligungskultur, die Bürger frühzeitig in den politischen Prozess mit einbezieht, wird zu einer wesentlichen Grundlage des kommunalen Handelns. Im Kern geht es darum, Argumente auszutauschen und eine gemeinschaftliche sowie konsensorientierte Willensbildung zu erzielen.

STADTWERKSTATT – NEUE PLANUNGS- UND GESPRÄCHSKULTUR FÖRDERN

Anfang Mai 2012 erfolgte der Startschuss für die Hamburger Stadtwerkstatt. Im Auftrag des Senats organisiert die Koordinierungsstelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt eine neue Plattform für planungsinteressierte Hamburger Bürger. Die Stadtwerkstatt bildet das Dach für die informellen Beteiligungsveranstaltungen bei Hamburger Stadtentwicklungsprojekten und Umweltschutzthemen. Jeder Bürger ist ausdrücklich eingeladen, „sein“ Hamburg mitzudiskutieren. Beteiligungselemente sind z. B. Informationsabende, Mitwirkung an runden Tischen, verschiedene Workshops und Beratung von Planungsteams. Die Koordinationsstelle informiert auf ihrer Internetseite u. a. über aktuelle Stadtentwicklungsprojekte und Termine. Ein Dialogbeirat mit 25 Vertretern aus Bildung, Wirtschaft und Kammern unterstützt die Arbeit der Stadtwerkstatt.

www.hamburg.de/stadtwerkstatt



Foto: BSU



Bürgerbeteiligung zum Masterplan Rothenhäuser Feld: Im Frühjahr 2010 werden Pflanzbeete angelegt

Foto: Johannes Arlt/IBA

Indem solche Verfahren unterschiedliche Interessen aufzeigen und zusätzliche Informationen berücksichtigen, verbessern sie nicht nur die Basis politischer Entscheidungen, sondern können auch deren Akzeptanz erhöhen. Da das Wissen der Bürger – als Experten vor Ort – in die Planung einfließt, führen die Verfahren meist auch fachlich zu besseren Ergebnissen. Zwar kosten sie Zeit und Geld, dafür können sie jedoch dazu beitragen, dass es im Anschluss nicht zu langwierigen Rechtsstreitigkeiten oder Bürgerbegehren kommt. Zudem entwickeln Bürger auf diese Weise ein tieferes Verständnis für komplexe planerische und politische Entscheidungsfindungen.

Bürgerbeteiligung verstärkt die Legitimation politischer Entscheidungen

Durch Beteiligungsverfahren entstehen neue Kommunikationsformate und -angebote und damit auch neue Formen der politischen Legitimation. Letztendlich münden Beteiligungsverfahren allerdings immer in Entscheidungen der gewählten politischen Gremien. Die Parlamentarische Demokratie kann jedoch durch verbesserte Beteiligungsverfahren auf eine breitere Basis gestellt werden (s. auch Seiten 6 und 7).

LITERATUR

- Antz, Eva-Maria: Bürgergesellschaft und Partizipation, Vortrag in Potsdam, Oktober 2006 (Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg).
- Stadt Berlin (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung): Handbuch zur Partizipation, Berlin 2011.
- Bertelsmann-Stiftung: Politik beleben, Bürger beteiligen – Charakteristika neuer Beteiligungsmodelle, Gütersloh 2010.
- Busch, Lüder: Bürgerbeteiligung in der städtebaulichen Planung – Das Beispiel der kreisangehörigen Städte in Schleswig-Holstein, Hamburg 2009.

WAS KANN BÜRGERBETEILIGUNG LEISTEN?

DIE CHANCEN UND GRENZEN VON BÜRGERTEILHABE

Es existieren sehr unterschiedliche Formen von Bürgerbeteiligung. Die Fachliteratur unterteilt Beteiligungsverfahren in der Regel in drei Stufen, die unterschiedliche Intensitäten von Partizipation beschreiben. Es ist wichtig, allen Beteiligten zu Beginn den Charakter des Verfahrens zu verdeutlichen. Ist er eher informativer Art? Sind die Bürger zum Mitwirken aufgerufen (Austausch von Interessen und Einbringen von Ideen)? Oder geht es um eine ergebnisoffene Kooperation aller Beteiligten?

Information

Hier wird die Öffentlichkeit über ein Vorhaben – also die Themen, Verfahren und Zusammenhänge – unterrichtet. Verständlich aufbereitete Informationen erhöhen den Wissensstand der Beteiligten und beugen Gerüchten und Missverständnissen vor. Der freie Zugang zu Informationen über ein Vorhaben ist eine Voraussetzung für alle Beteiligungsverfahren, denn er fördert die Transparenz und damit die Akzeptanz politischer Entscheidungen. Zu beachten sind eventuelle rechtliche Beschränkungen, wie z. B. die Verletzung von Persönlichkeitsrechten oder Betriebsgeheimnissen.

Mitwirkung (Konsultation)

Wenn Betroffene und Interessierte mitwirken, bringen sie ihre Ideen, Kenntnisse und Interessen in Planungs- und Entscheidungsprozesse ein. In der Bürgerbeteiligung bei Bauprojekten und der Bauleitplanung ist die Mitwirkung der Regelfall. Die Ergebnisse der Beteiligung haben den Charakter von Empfehlungen. Die an das Beteiligungsverfahren anschließenden Entscheidungen – in der Regel die der politischen Gremien – werden dadurch auf eine breitere Basis gestellt und besser abgesichert.

Mitentscheidung (Kooperation)

Im Einzelfall werden auch im Bereich der Stadtentwicklung sehr offene Prozesse praktiziert. Diese Form der Beteiligung ist nur möglich, wenn Entscheidungskompetenz von den politischen Gremien abgegeben wird. Bei kooperativen Formen der Teilhabe können die Beteiligten den größten Einfluss auf Maßnahmen ausüben. Die Ergebnisse werden in weitgehend ergebnisoffenen Beteiligungsprozessen ausgehandelt. Kommune, Bürger, Wirtschaft, Initiativen und weitere Akteure sind gleichberechtigte Partner im Verfahren.

AUSBAU DER HAMBURG MESSE: KOMMUNIKATIVE BEGLEITUNG MÜNDET IN KONTRAKT

Der Planungsprozess zur Erweiterung und Modernisierung der Hamburg Messe am innerstädtischen Standort wurde im Jahr 2000 intensiv kommunikativ begleitet. Den Einstieg bildeten rund 20 Hintergrundgespräche und Interviews mit wichtigen Akteuren. Anschließend wurden die Bürger in vier Workshops umfassend informiert und die Interessen abgeglichen. Die Beteiligten einigten sich auf einen Kontrakt – als verbindliche Abmachung für die Rahmenplanung – der Konsens und Dissens unter den Beteiligten festhielt. Die Bürger wurden in mehreren öffentlichen Veranstaltungen über den Fortgang der Planungen informiert. Zudem gab es einen Info-Laden sowie ein Bürgertelefon. Das Verfahren erfolgte im Auftrag der Hamburg Messe und Congress GmbH.

www.messe-hamburg-dialog.de



Foto: Messe und Congress GmbH



Entwicklungsraum Billstedt-Horn: Zukunftswerkstatt zum Auftakt der Bürgerbeteiligung im Jahr 2006

Foto: Bernd Andresen/Bezirksamt Hamburg-Mitte

Voraussetzung für das Gelingen ist eine von allen Beteiligten getragene Beteiligungs- und Planungskultur mit allgemein akzeptierten Standards und Regeln, die sicherstellt, dass alle Belange angemessen berücksichtigt werden.

Chancen: Die Planungsgrundlage verbreitern

Wenn Bürgerinnen und Bürger eigene Gestaltungsideen entwickeln und einbringen, wird die Grundlage für die Planung verbreitert – und diese auch aus Sicht der Planenden oft verbessert. In gelungenen Beteiligungsverfahren äußern Betroffene aus allen Nutzungsgruppen ihre Vorstellungen. Dadurch lassen sich spätere Nutzungskonflikte eindämmen und Missverständnisse aus dem Weg räumen.

Grenzen: sachliche und finanzielle Zwänge

Für jede Planung existieren unterschiedliche Ausgangsbedingungen und damit verbundene Zwänge und Notwendigkeiten, die auch den Rahmen für das jeweilige Beteiligungsverfahren bilden. Dies sind in der Regel die Interessen und Rechte von privaten Eigentümern, politische Entscheidungen, die für eine Realisierung zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel sowie fachliche Zwänge und rechtliche Vorgaben. In den Beteiligungsverfahren geht es darum, mit den Beteiligten innerhalb dieser Grenzen Kompromisse zu entwickeln, die von allen – oder möglichst vielen – mitgetragen werden können.

Grenzen: Selektivität und Legitimation von Beteiligung

Bürgerbeteiligung ist stets auf das freiwillige Engagement der Menschen angewiesen. Dies hat viele Vorteile, aber auch den Nachteil, dass sich die Zusammensetzung der Beteiligten im Laufe des Planungsprozesses stark verändern kann. Daraus resultieren oft wechselnde Meinungsbilder und Abstimmungsverhalten. Um dies zu verhindern und legitime Voten bzw. Entscheidungen zu erzielen, sollte angestrebt werden, einen möglichst repräsentativen Querschnitt aller Bevölkerungsgruppen dauerhaft in das Partizipationsverfahren einzubeziehen.

Verschiedene Untersuchungen zeigen jedoch, dass es in der Regel nicht gelingt, alle Bevölkerungsgruppen in gleichem Ausmaße für

Beteiligungen zu aktivieren. Die Teilnahme der Bürger an Beteiligungsverfahren hängt nicht nur von deren Interesse am Thema ab, sondern auch davon, über wie viel Zeit sie verfügen können. Zudem hat das Deutsche Institut für Urbanistik festgestellt, dass insbesondere Migranten, Aussiedler, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und jüngere Männer aus einer Vielzahl an Gründen schwerer zu erreichen sind. Hinzu kommt, dass die gängigen Beteiligungsverfahren insgesamt eher die gebildeten Mittelschichten ansprechen. Besondere Partizipationsangebote, die beispielsweise speziell Kinder und Jugendliche ansprechen, oder interkulturelle Formate können dazu beitragen, mehr Menschen aus bislang unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen für Beteiligungen zu gewinnen (siehe Seiten 30 und 31).

Weil Bürgerbeteiligung in der Regel nicht repräsentativ sein kann, muss letztlich eine abschließende Interessensabwägung und Entscheidung vom jeweiligen politischen Gremium getroffen werden. Die Rolle der planenden Verwaltung ist es, die Ideen, Wünsche und Belange der unterschiedlichen Beteiligten, bzw. Betroffenen – auch der Gruppen, die sich nicht öffentlich äußern – zu ermitteln und zu berücksichtigen, um eine ausgewogene Entscheidungsvorlage für die Entscheidungen der Volksvertreter erstellen zu können.

LITERATUR

- Stadt Berlin (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung): Handbuch zur Partizipation, Berlin 2011.
- Kast, Alexandra: Überfordert oder übersehen? Partizipation und Engagement von MigrantInnen im Quartier, Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 17/2008.
- DIFU – Deutsches Institut für Urbanistik: Strategien für die Soziale Stadt. Erfahrungen und Perspektiven – Umsetzung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“. Berlin: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, 2003, S. 203 f.

DIE FORMELLE PARTIZIPATION

GESETZLICH VORGESCHRIEBENE ÖFFENTLICHKEITSBETEILIGUNG

In Hamburg sind laufend mehr als 100 Bebauungsplanverfahren in der Bearbeitung. Alle Verfahren folgen gesetzlichen Vorgaben, die auch einen Mindeststandard an Öffentlichkeitsbeteiligung vorschreiben. Grundlage ist der § 3 des Baugesetzbuches (BauGB), nach dem die Öffentlichkeit Gelegenheit zur Auseinandersetzung mit den Planungsinhalten und zur Äußerung von Interessen im Planverfahren hat. In diesem Kapitel wird der Ablauf der vorgeschriebenen Bürgerbeteiligung – und damit die heute meist gängige Praxis – genauer geschildert. Im zweiten Teil der Broschüre (ab S. 14) finden sich zahlreiche Empfehlungen, wie sich die formelle Beteiligung sinnvoll ergänzen lässt.

Frühzeitige Beteiligung: die Öffentliche Plandiskussion

Die frühzeitige Beteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB findet in Hamburg in der Regel in Form einer Öffentlichen Plandiskussion statt. In dieser werden die Ziele und Zwecke der Planung anhand von Konzepten und Vorentwürfen – in Alternativen – sowie deren voraussichtliche Auswirkungen erläutert. Zu diesem Zeitpunkt steht das Verfahren noch am Anfang und die Planung kann noch grundlegend

geändert werden. Alle Bürger können sich informieren, die Projekte mit den Planern erörtern sowie Anregungen oder Kritik vorbringen. Die Veranstaltung – im Internet, im Amtlichen Anzeiger und durch Plakate im betroffenen Stadtteil angekündigt – wird in der Regel vom zuständigen politischen Gremium durchgeführt. Die Beiträge werden in einer folgenden Sitzung des zuständigen parlamentarischen Gremiums beraten. Nach der Öffentlichen Plandiskussion wird das Grobkonzept in der Regel überarbeitet.

Nur in Ausnahmefällen kann auf die frühzeitige Bürgerbeteiligung verzichtet werden, z. B. wenn lediglich unwesentliche Auswirkungen des neuen Planes zu erwarten sind, die Öffentlichkeit schon auf andere Weise unterrichtet wurde oder im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB und im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB.

Das Kapitel „Alternativen zur Podiumsveranstaltung“ (siehe Seiten 22 und 23) bietet Hinweise, wie eine öffentliche Plandiskussion sich stärker an den Bedürfnissen der Teilnehmer ausrichten lässt.

BEBAUUNGSPLAN ELFENWIESE

Mit dem bis 2009 verfolgten Bebauungsplanentwurf Marmstorf 29 für ein Areal beidseits der Elfenwiese in Harburg sollte Planrecht für 100 Wohneinheiten geschaffen werden. Bereits im Jahr 2006 hatte sich die Bürgerinitiative „Rettet die Elfenwiese“ gegründet mit dem Ziel, die Planung per Bürgerbegehren zu verhindern. Im Juli 2010 beschloss die Bezirksversammlung Harburg in Abstimmung mit der Bürgerinitiative, den Bebauungsplan bis zum Ende der Legislaturperiode nicht weiter zu betreiben. Damit wurde auch das Bürgerbegehren zunächst nicht weiter verfolgt. Nach zahlreichen Gesprächen einigten sich die Bürgerinitiative, die Koalitionsfraktionen der Bezirksversammlung und das Bezirksamt auf ein Eckpunktepapier und ein Moratorium. Im Anschluss entwickelte die Verwaltung auf Basis des Eckpunktepapiers ein städtebauliches Konzept mit lediglich 65 Wohneinheiten im Bereich südlich der Elfenwiese. Das Bebauungsplanverfahren wurde ab dem zweiten Quartal 2011 weitergeführt.



Foto: Ole Jochumsen/BSU

Im Kapitel „Transparenz schaffen“ (siehe Seiten 34 und 35) finden sich Anregungen für eine intensivere Öffentlichkeitsarbeit.

Öffentliche Auslegung: Bürger können Stellung nehmen

Im zweiten Beteiligungsschritt wird der von Verwaltung und Politik abgestimmte Planentwurf für einen Monat in den zuständigen Dienststellen ausgelegt (§ 3 Absatz 2 BauGB). Das zuständige Gremium muss der Auslegung zustimmen. Die Auslegung ist eine Woche vorher „ortsüblich“ bekannt zu machen. Während der Auslegung können die Bürger den Entwurf einsehen, sich die Unterlagen von der Verwaltung erläutern lassen und sich äußern. Alle Äußerungen werden geprüft und die privaten und öffentlichen Belange gegeneinander und untereinander abgewogen.

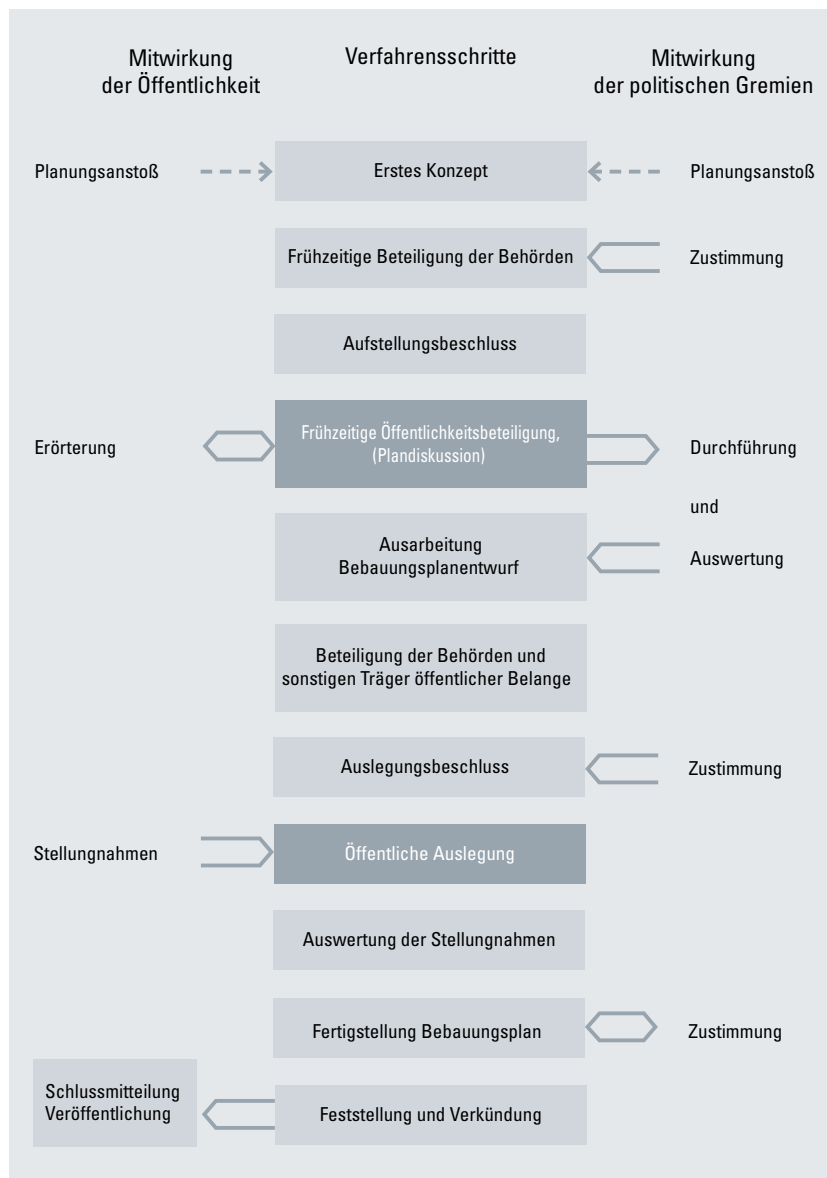
Nach Prüfung der Belange in einem behördenübergreifenden Gremium werden die Abwägungsvorschläge den politischen Gremien zugeleitet. Hat der Entwurf des Bebauungsplanes von den zuständigen Gremien die Zustimmung erhalten, wird er in der Regel überarbeitet und schließlich rechtskräftig.

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Auch Behörden und Träger öffentlicher Belange (TÖB) – unter anderem die Versorgungsunternehmen, Verkehrsbetriebe, Umweltverbände sowie Handels- und Handwerkskammer – werden zweimal im Verfahren beteiligt. Diese geben aus fachlicher Sicht ihre Stellungnahme innerhalb einer gesetzten Frist ab.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan

Eine besondere Form ist der vorhabenbezogene Bebauungsplan nach § 12 BauGB, der auch das reguläre Planverfahren inklusive der vorgeschriebenen Öffentlichkeitsbeteiligung durchläuft. Er wird dann gewählt, wenn ein Projekt von einem Träger (Investor) verwirklicht werden soll und betrifft häufig lediglich ein einzelnes Grundstück. In einem städtebaulichen Vertrag (Durchführungsvertrag) werden zusätzlich zu den Planinhalten detaillierte Vereinbarungen getroffen – und der Investor übernimmt die Planungs- und Erschließungskosten. Wird das Vorhaben nicht in einer gesetzten Frist realisiert, kann er aufgehoben werden.



Mitwirkung im Bebauungsplanverfahren

BROSCHÜRE „HAMBURG MACHT PLÄNE“

In der Broschüre „Hamburg macht Pläne – planen Sie mit!“ der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt werden das Verfahren der Bauleitplanung und die Öffentlichkeitsbeteiligung ausführlicher dargestellt.

Download:

www.hamburg.de/contentblob/1088164/data/hamburg-macht-plaene.pdf

Informationen zu allen laufenden Bebauungsplanverfahren in Hamburg finden sie auch im Internet. Näheres dazu auf den Seiten 36 und 37.

DIE VIELFALT INFORMELLER BETEILIGUNG

DIE VERSCHIEDENEN EBENEN VON BÜRGERBETEILIGUNG IN HAMBURG

Zusätzlich zur gesetzlich vorgeschriebenen Bürgerbeteiligung bei Bebauungsplanverfahren (siehe Seiten 8 und 9) werden viele rechtlich nicht formalisierte Formen der Bürgerbeteiligung durchgeführt. Diese Verfahren bieten ein großes Potenzial, da sie passgenau für die jeweilige Planungssituation entwickelt werden können. Ergebnisse informeller Beteiligungsschritte fließen auch regelmäßig in formale Pläne ein.

Während in der formellen Bürgerbeteiligung meist über eine Planung informiert wird und Bürger Stellung nehmen, sind informelle Teilnahmeverfahren in der Regel stärker diskursiv und kooperativ ausgerichtet. Die Bürger sollen miteinander und anderen an der Planung beteiligten Akteure ins Gespräch kommen, Argumente und Ideen austauschen sowie gemeinsam Lösungen entwickeln. Informelle Beteiligung findet unter unterschiedlichen planerischen und rechtlichen Bedingungen statt, die wir im Folgenden kurz skizzieren.

Ergänzung zur gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligung

Informelle Teilnahmebausteine ergänzen immer öfter das gesetzlich vorgeschriebene zweistufige Teilnahmeverfahren beim Erstellen der Bebauungspläne. Diese zusätzlichen Angebote sind oft Informationsveranstaltungen, aber auch umfassendere Verfahren, die Workshops oder Arbeitsgruppen einschließen. Ziel ist es, die Anregungen aller Beteiligten früh aufzunehmen und, wenn möglich, bei der Planung zu berücksichtigen. Interessenskonflikte lassen sich so rechtzeitig erkennen und bearbeiten.

Oft findet vor dem Bebauungsplanverfahren ein städtebaulich-landschaftsplanerischer Wettbewerb statt, um die konzeptionelle Grundlage für den Plan zu schaffen. Hierbei machten Projektverantwortliche in den letzten Jahren positive Erfahrungen mit einer vorgeschalteten Bürgerbeteiligung, deren Ergebnisse in die jeweiligen Auslobungen der Wettbewerbe einfließen. Vorbilder

INNENSTADTKONZEPT: WERKSTÄTTEN UND INNENSTADTEXPEDITIONEN

Von November 2011 bis Juni 2012 wurde der Entwurf des Hamburger Innenstadtkonzepts im Dialog mit der Öffentlichkeit, Fachleuten und Interessenvertretern konkretisiert und weiterentwickelt. In der ersten Staffel des mehrstufigen Verfahrens fanden vier Werkstätten statt, in denen die bisherigen Inhalte des Innenstadtkonzepts diskutiert und ergänzt wurden. Nach einer öffentlichen Zwischenpräsentation startete die zweite Staffel der Werkstätten. Hier erfolgte – zur Einstimmung – vor der abendlichen Arbeitsphase ein Rundgang durch die Innenstadt. In Kleingruppen wurden die besichtigten Orte diskutiert und Empfehlungen für das Konzept formuliert. Nach der öffentlichen Abschlusspräsentation im Juni 2012 werden die Anregungen des Teilnahmeverfahrens in das Innenstadtkonzept eingearbeitet, um das überarbeitete Konzept dem Senat und der Bürgerschaft zur Befassung vorzulegen. Das Verfahren wurde im Auftrag der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt durchgeführt.

www.hamburg.de/innenstadtkonzept



Foto: scheuven + wachen



Bürgerbeteiligung zum Zukunftsplan Altona: Die Ergebnisse der Planung wurden in Form großer Bilder veranschaulicht

Collage: Bezirksamt Altona/urbanista

sind etwa das „Weltquartier Wilhelmsburg“ (www.iba-hamburg.de), das Pergolenviertel (www.forum-hebebrandquartier.de) und der „Hamburger Deckel“ (www.hamburgerdeckel.de).

Bürgerbeteiligung bei Rahmen-, Master- und Stadtteilentwicklungsplänen

Städtebauliche Rahmenpläne werden oft vor der Erstellung von Bebauungsplänen für größere Areale entwickelt. Sie enthalten die Grundzüge der künftigen Entwicklung (Bebauung, Verkehr, Grün etc.) und sind rechtlich nicht bindende, informelle Planungsinstrumente. Zu den Rahmenplänen zählen auch Struktur- oder Masterpläne. Eine Sonderform stellt der „Zukunftsplan Altona“ dar, der mit einem umfassenden Beteiligungsverfahren erarbeitet wurde (www.zukunftsplan-altona.hamburg.de). Hinzu kommen informelle Planungen wie die bezirklichen Entwicklungspläne in Hamburg-Eimsbüttel oder Stadtteil-Entwicklungskonzepte, die häufig mit intensiver Bürgerbeteiligung erstellt wurden. Beispiele hierfür sind das Konzept für Hohenfelde (www.hohenfelde-2006.de) und das Integrierte Entwicklungskonzept (IEK) für Langenhorn-Markt (www.langenhorner-markt.hamburg.de) sowie die Rahmenplanung zum Bramfelder Zentrum. Rahmenpläne, die gemeinsam mit den Bürgern entworfen werden, erleichtern oft die Beteiligungs- und Entscheidungsprozesse auf der Ebene der Bebauungspläne. Diese Erfahrung wurde zum Beispiel mit dem Projekt „Grüne Mitte Hohenfelde“ gemacht.

Bürgerbeteiligung in besonderen Fördergebieten

In Gebieten der Integrierten Stadtteilentwicklung, z. B. aus den Bund-Länder-Programmen „Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen“, „Stadtumbau West“ oder „Soziale Stadt“ ist die kontinuierliche Mitarbeit der Bewohnerinnen und Bewohner ein Grundprinzip (z. B. über Beiräte). In diesen Gebieten bestehen besonders günstige Bedingungen für die Bürgerbeteiligung, u. a. weil dort die finanziellen Ressourcen zur Verfügung stehen, die aufwändigere Beteiligungsverfahren erfordern – oder ein spezielles rechtliches Instrumentarium, um die Entwicklungsziele umzusetzen. Weitere Informationen dieses Handlungsfelds enthalten die Veröffentlichungen zum Hamburger Rahmenprogramm Integrierte Stadtentwicklung (RISE).

WENN BÜRGERINNEN UND BÜRGER ABSTIMMEN

BÜRGERBEGEHREN UND -ENTSCHEIDE IN HAMBURG



*Bis 2010 gab es 82 Bürgerbegehren und 12 Bürgerentscheide in Hamburg
Foto: fotolia*

Ein Instrument für die direkte Einflussnahme der Bürger auf politische Entscheidungen sind Bürgerbegehren und -entscheide. Diese Möglichkeiten werden bundesweit zunehmend genutzt: Die Zahl der kommunalen Bürgerbegehren und -entscheide hat sich seit Mitte der 1990er Jahre verdreifacht – auf rund 300 pro Jahr.¹ Bürgerbegehren und -entscheide sind in Deutschland auf Länderebene unterschiedlich geregelt.

In Hamburg besteht seit 1998 das Recht, in allen Angelegenheiten, in denen die Bezirksversammlung Beschlüsse fassen darf, einen Bürgerentscheid zu beantragen (Bürgerbegehren). Bis 2010 gab es 82 Bürgerbegehren und 12 Bürgerentscheide. Lediglich 15 Prozent der Bürgerbegehren mussten wegen Unzulässigkeit zurückgewiesen werden. Die Durchführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden ist seit 2012 in § 32 des Bezirksverwaltungsgesetzes (BezVG) und im Bezirksabstimmungsdurchführungsgesetz (BezAbstDurchfG) geregelt.

Bei einem Bürgerbegehren muss die Frage so formuliert sein, dass sie mit Ja oder Nein zu beantworten ist. Wenn drei Prozent der Wahlberechtigten des Bezirkes für das Anliegen votieren, stimmen

BEBAUUNGSPLAN LEMSAHL-MELLINGSTEDT 14: KOMPROMISS NACH BÜRGERBEGEHREN

2006 wurden die Planungen für den Bebauungsplan Lemsahl-Mellingstedt 14 (Hinsfeld) eingeleitet.

Die ursprünglichen Pläne, die auch Teil der Hamburger „Architekturolympiade“ waren, sahen eine Bebauung mit circa 165 Wohneinheiten vor. Der 2008 öffentlich ausgelegte Bebauungsplanentwurf stieß bei Anwohnern und Naturschutzverbänden auf massive Ablehnung. Daraufhin wurde die Planung grundlegend überarbeitet und erneut öffentlich ausgelegt. Im November 2010 erreichte ein Bürgerbegehren gegen den Bebauungsplan das nötige Drittelquorum. Daraufhin handelten der Vorsitzende der Bezirksversammlung mit Vertrauensleuten für das Bürgerbegehren als Kompromiss eine Vereinbarung aus: Demnach sollen 165 Wohneinheiten gebaut werden, jedoch auf zwei Teilflächen überwiegend außerhalb des bisherigen Plangebiets, so dass das naturräumliche Plateau des „Hinsfeld“ weiterhin unbebaut bleibt. Die Bebauung soll in ortsüblichem Charakter und zu 30 Prozent als öffentlich geförderter Wohnungsbau umgesetzt werden.

www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/3176716/2011-12-05-abschluss-buergerbegehren-hinsfeld.html
www.hinsfeld.de (Bürgerinitiative)



Unterschriftenaktion von Mehr Demokratie e.V. in Ottensen

Foto: Mehr Demokratie e.V.

anschließend in einem Bürgerbegehren alle Wahlberechtigten des Bezirks über das Anliegen ab. Die einfache Mehrheit entscheidet. Die Bezirksversammlung kann nach einem erfolgreichen Bürgerbegehren einen Gegenvorschlag vorlegen. Wenn im Bürgerentscheid beide Vorlagen die einfache Mehrheit der Abstimmenden erreichen, entscheidet die Beantwortung einer Stichfrage darüber, welcher Vorschlag angenommen wird.

Ein Bürgerentscheid hat die Wirkung eines Beschlusses der Bezirksversammlung. Eine durch Bürgerentscheid zustande gekommene Entscheidung darf zwei Jahre lang nicht im Wege eines Bürgerbegehrens oder Bürgerentscheids geändert werden. Der Senat ist allerdings berechtigt, eine durch Bürgerentscheid zustande gekommene Entscheidung zu ändern.

Gesetz zur Reform der bezirklichen Bürgerbegehren und Bürgerentscheide

Um das Verfahren zu verbessern und mehr Rechtssicherheit zu schaffen, wurde im Januar 2012 ein Gesetz zur Reform der bezirklichen Bürgerbegehren und Bürgerentscheide beschlossen. Mit der Reform wurde u. a. die Zulässigkeitsprüfung von Bürgerbegehren vorgezogen. Das Bezirksamt entscheidet nun spätestens nach Einreichen eines Drittels der für das Zustandekommen erforderlichen Unterschriften, ob das Bürgerbegehren zulässig ist oder nicht. Außerdem sieht das Verfahren nach der Reform neue Möglichkeiten einer einvernehmlichen Lösung bei Streitfällen vor. Zur Einigung über den Inhalt des Bürgerbegehrens kann auf Wunsch der Beteiligten ein Moderationsverfahren eingeleitet werden.

LITERATUR

- „Erster Bürgerbegehrensbericht Deutschland 1956-2007“, Mehr Demokratie e.V.; erstellt in Kooperation mit der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie, Universität Marburg, 10.02.2008

WIE GELINGT BETEILIGUNG?

KRITERIEN FÜR ERFOLGREICHE BÜRGERBETEILIGUNG

Beteiligungsverfahren sind oft sehr vielschichtig. Viele Faktoren spielen eine wichtige Rolle, wie die gesetzlichen Vorgaben, das bestehende Planungsrecht, politische Entscheidungen sowie Interessen von Bürgern und Betroffenen.

Im besten Fall sollte Bürgerbeteiligung:

- die Planung inhaltlich verbessern,
- das Wissen und die Kenntnisse erweitern und die Meinungsbildung bei allen Beteiligten fördern,
- den politischen Entscheidungsprozess transparent machen,
- grundsätzlich zu mehr politischer Bildung, sachlicher Diskussionskultur und gegenseitigem Respekt beitragen.

Wie gelingt Beteiligung?

Erfolgskriterien sind von der konkreten Situation und dem jeweiligen Planungsstand abhängig. Folgende Faktoren lassen sich grundsätzlich nennen:

- Frühzeitige Information: Alle Informationen über die Rahmenbedingungen, die Entscheidungswege und formale Vorgaben liegen rechtzeitig vor.

- **Perspektivenvielfalt:** In der Beteiligung ist es erwünscht, dass möglichst viele Betroffene zu Wort kommen und ihre Interessen sowie Sichtweisen ausdrücken können.
- **Konkrete Kommunikation:** Die Planung und die Gestaltungsspielräume sollten auf dem jeweils aktuellen Stand so konkret wie möglich vorgestellt werden.
- **Klare Verfahren:** Der Charakter der Beteiligung wird offen dargelegt. Es sollte deutlich werden, ob es um Information, Mitwirkung oder Mitentscheidung geht und welche Spielräume, aber auch Grenzen bestehen (siehe Seiten 6 und 7).
- **Verbindliche Aussagen:** Es wird deutlich gemacht, was mit den Ergebnissen des Beteiligungsverfahrens passiert.

Qualitätsdimensionen und Zeit als wichtige Faktoren

Die Qualität von Beteiligungsverfahren misst sich also insbesondere an der Art des Verfahrens, an der Gestaltung der Interaktion zwischen den Beteiligten, an den Rahmenbedingungen (Gestaltungsspielräume) und am Umgang mit den Ergebnissen.

Oft stehen große Planungsprojekte unter einem erheblichen Zeit- und Entscheidungsdruck. Dies steht nicht selten im Widerspruch zu dem Wunsch der Bevölkerung nach ausführlicher öffentlicher

Ein wichtiges Erfolgskriterium: Die Mitwirkung findet statt, wenn wesentliche Entscheidungen noch offen sind

Foto: SUPERURBAN



Diskussion und nach Ergebnisoffenheit der Planung, die vielfach nur bedingt gegeben ist. Doch auch bei langfristigen Planungsprozessen, die sich über viele Jahre erstrecken, können Probleme auftreten. Während am Anfang von Planungen noch Spielräume für Veränderungen bestehen, ist das Interesse der Öffentlichkeit in dieser Phase oft noch nicht sehr groß. Erst wenn es konkret wird und die Spielräume schrumpfen, steigt das Interesse der Bürger.

Deshalb ist es sehr wichtig, am Anfang von Planungsbeteiligung Folgendes zu klären:

- Wie weit ist die Planung bereits fortgeschritten?
- Welche Spielräume gibt es noch?
- Welche Eckpunkte sind festgesetzt? Welche sachlichen Zwänge bestehen?
- Wie viel Zeit steht für die Beteiligung zur Verfügung?

Insgesamt muss das Beteiligungsverfahren immer angemessen sein, also auch einen verhältnismäßigen Einsatz von Ressourcen, wie finanziellen Mitteln und Arbeitsaufwand, berücksichtigen. Oftmals lässt sich schon mit einfachen Mitteln eine bessere Information und Beteiligung erreichen (Anregungen geben die folgenden Kapitel).

Beteiligung braucht Gestaltungsspielräume

Die Erfahrung zeigt, dass die Gestaltungsspielräume mit darüber entscheiden, ob Verfahren als erfolgreich angesehen werden und alle Beteiligten zufrieden sind. Wenn die Bürger den Eindruck gewinnen, dass Verfahren lediglich dazu dienen, Akzeptanz für bereits getroffene Entscheidungen herzustellen, werden sie die Beteiligung nicht als erfolgreich ansehen. Die Mitwirkung von Bürgern sollte also zu einem Zeitpunkt stattfinden, an dem die wesentlichen Entscheidungen noch relativ offen sind. Falls keine Spielräume mehr bestehen, sollte auch nicht der Eindruck erweckt werden, dass eine Mitwirkung möglich ist. Eine offene Kommunikation und gut aufbereitete Informationen über das Vorhaben rücken in diesen Fällen in den Mittelpunkt. Darüber hinaus sollten auch die Beteiligungsverfahren offen für Veränderungen im Ablauf sein.

WEITERFÜHRENDE INFOS

Handbuch zur Partizipation

Eine Vielzahl an Hinweisen zur Konzeption von Beteiligungs- und Veränderungsprozessen sowie von Methoden findet sich in:

Stadt Berlin (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung): Handbuch zur Partizipation, Berlin 2011.

Handbuch Bürgerbeteiligung

Das 2012 erschienene „Handbuch Bürgerbeteiligung“ liefert mit seiner umfassenden Beschreibung gängiger Beteiligungsverfahren einen systematischen Überblick über verschiedene Methoden der Beteiligung. Gut geeignet für alle, die sich schnell einen Überblick verschaffen wollen.

Nanz, Patrizia u. Fritsche, Miriam: Handbuch Bürgerbeteiligung. Bundeszentrale für politische Bildung (Bonn) 2012. 144 Seiten.

Gutachten zur Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern

Die Bürgerinnen und Bürger müssen als wichtige Akteure der Stadtentwicklung ernst genommen und in Strategien eingebunden werden. Das Gutachten sucht nach Wegen zu Veränderungen in der Praxis:

Selle, Klaus: Gemeinschaftswerk? Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an der Stadtentwicklung. Begriffe, Entwicklungen, Wirklichkeiten, Folgerungen. Kurzgutachten für das Nationale Forum für Engagement und Partizipation. Aachen, 2010

Politik, Verwaltung und Bürger im Dialog

Im Bezirk Eimsbüttel arbeiteten Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft im Juni 2012 einen Tag lang in einem Workshop gemeinsam zum Thema „Möglichkeiten und Grenzen der Bürgerbeteiligung“:

Bezirksamt Eimsbüttel: Gemeinsam für ein lebenswertes Eimsbüttel. Bürgerinitiativen, Politik und Verwaltung im Dialog. Hamburg 2012.

LURUPER FORUM: DAUERHAFTE UND NACHHALTIGE BETEILIGUNG IM STADTTEIL

Die räumlich voneinander getrennt liegenden Siedlungsbereiche „Flüsseviertel“ und „Lüdersring/Lüttkamp“ wurden 1998 zu einem Förderprogramm des Hamburger Senatsprogramms „Soziale Stadtteilentwicklung“ zusammengefasst. Seit 1999 ist das Programm gebiet gleichzeitig Modellgebiet im Bund-Länder-Programm Soziale Stadt. In diesem Kontext wurde 1999 das Luruper Forum auf Initiative von örtlichen Bürgerinitiativen als Stadtteilbeirat für Lurup gegründet. Im Forum arbeiten Bewohner, Aktive und Mitarbeiter aus Vereinen, Initiativen, sozialen Einrichtungen, Gewerbe, Politik und Verwaltung zusammen. Sie erörtern Anliegen und Probleme, stellen Ideen und Initiativen vor und organisieren Beteiligungsveranstaltungen. Ziel ist die Verbesserung der Lebenssituation im Stadtteil. Die monatlichen Sitzungen mit 50 bis 70 Teilnehmern sind offen für alle Bürger. Wer zweimal an einer Sitzung teilgenommen hat, ist abstimmungs- und wahlberechtigt. Der Förderzeitraum lief Ende 2006 aus, Seitdem befindet sich das Gebiet in der Nachsorge, währenddessen nur das Beteiligungsgremium gefördert wird. Seit 2008 ist das Lichtwark-Forum Lurup e.V. Träger des Luruper Forums, das auch das Stadtteilbüro, die Stadtteilzeitung und eine Internetseite betreibt. Das Luruper Forum beschließt zudem über die Vergabe der Verfügungsfonds-Mittel in Höhe 10.000 Euro jährlich zur Förderung von kleinen Projekten in Lurup und über 10.000 Euro jährlich aus dem Verfügungsfonds „Gesundes Lurup“ der Techniker Krankenkasse.



Foto: Sabine Tengeler

DAS BETEILIGUNGSKONZEPT

STRATEGIE ENTWICKELN, METHODEN AUSWÄHLEN

Bei Teilnahmeverfahren können Teilnehmer ganz unterschiedlich miteinander kommunizieren und zusammenarbeiten: Sie können sich informieren, Interessen abfragen, sich austauschen, argumentieren, Wissen transferieren oder auch kooperieren und gemeinsam entscheiden. Welches die richtige Strategie ist und welche Methoden zum Einsatz kommen, hängt stark von der Ausgangssituation ab.

Am Anfang einer Beteiligung steht ein Konzept, das in der Regel die federführende kommunale Stelle erarbeitet. Im Einzelfall kann das Konzept gemeinsam mit den Betroffenen entwickelt werden; das erhöht meist die Akzeptanz des Verfahrens. Allerdings ist es auch zeitlich aufwändiger. In dem Beteiligungskonzept werden folgende Fragen beantwortet:

Die Situation: Wie ist die Ausgangslage?

Ausgangspunkt des Beteiligungskonzeptes ist die Frage, welche Spielräume die Bürger beim Mitwirken am Planverfahren haben.

Oft gibt es Bedingungen in Verbindung mit dem Planungsgebiet, die beachtet werden müssen. Zum Beispiel: Gibt es seitens der Politik bereits zielsetzende Vorgaben? Handelt es sich um ein private oder städtische Grundstücke? Ist bereits eine Anhandgabe an einen Investor erfolgt – und wenn ja, unter welchen Prämissen? Welches Baurecht liegt vor? Gibt es Verträge, die die Gestaltungsspielräume einschränken? Welche fachlichen Rahmenbedingungen sind zu berücksichtigen?

Die Ziele der Beteiligung

Die Ziele des Teilnahmeverfahrens sollten definiert und vermittelt werden. Auch hier geht es in erster Linie darum, ob es sich um Information, Mitwirkung oder Mitentscheidung handelt. Beispiele für Ziele sind: Das frühzeitige Erkennen von Konflikten, das Erarbeiten konkreter Gestaltungsvorschläge, das Kennenlernen von Bürgerinteressen, die Vermittlung zwischen unterschiedlichen Interessen oder die frühzeitige Information über ein Planungsvorhaben.

UNI BAUT ZUKUNFT: BÜRGER ENTWICKELN EMPFEHLUNGEN FÜR WETTBEWERB

Das Teilnahmeverfahren für die Modernisierung und den Ausbau der Universität Hamburg startete Ende 2010, frühzeitig vor dem ersten städtebaulichen Wettbewerb für den Campus an der Bundesstraße. Nach einer öffentlichen Auftaktveranstaltung mit rund 300 Teilnehmern haben im Zeitraum von zwei Monaten jeweils rund 25 Personen in sechs Fokusgruppen ihre Ideen und Anliegen zu den Planungen diskutiert. Die Ergebnisse wurden in einem Ideenworkshop zusammengetragen, strukturiert und bewertet – und flossen in Form eines Kriterienkatalogs als Anregungen in den Wettbewerb ein. Eine eigene Kinder- und Jugendbeteiligung begleitete den Prozess. Zentrale Bürgerwünsche sind in die Entscheidung des Preisgerichts eingeflossen mit der Folge, dass der Siegerentwurf für den Hochbau weite Teile der Grünflächen am Schröderstift erhält. Das Verfahren wurde im Auftrag der Behörde für Wissenschaft und Forschung vom Politik- und Unternehmensberater Markus Birzer mit Unterstützung der Agentur Superurban durchgeführt.

www.uni-baut-zukunft.hamburg.de



Foto: HSB/BSU



Die Zielgruppen: Wer ist wirklich relevant?

Ein Erfolgskriterium für Beteiligung ist die Zielgruppenorientierung. Alle wesentlichen Akteure in dem Verfahren sollten berücksichtigt werden. Dazu sind folgende Fragen zu klären:

- Wer ist betroffen? Wer ist sonst beteiligt? Wer vertritt welche Interessen?
- Wer hat welche Rechte, die von dem Verfahren berührt sein können?
- Wie sind die Betroffenen organisiert?
- Wie lässt sich die „schweigende Mehrheit“ einbeziehen?
- Muss bzw. soll jeder beteiligt werden?
- Welche Informationen haben die Betroffenen bereits und welche noch nicht?
- Welche Erwartungen stellen sie an eine Mitarbeit und welches Interesse daran haben sie?
- Wer muss aus Politik, Verwaltung und anderen Institutionen einbezogen werden?

Vorgehensweise

Jetzt stellt sich die Frage, welche Inhalte kommuniziert und besprochen werden. Darüber hinaus müssen die Beteiligungsverantwortlichen auch Grundsätzliches erörtern, etwa wie weit die Zusammenarbeit reichen soll oder auch wie mit Konflikten umgegangen wird. Im Detail heißt das:

- Welche Informationen brauchen die Betroffenen, um sie bei Ihrer Meinungsbildung zu unterstützen?
- Sollen Meinungen erfasst, soll informiert oder soll aktiviert werden?
- Sollen Ideen entwickelt und Alternativen geprüft werden?
- Wer ist für die Umsetzung verantwortlich?
- In welcher Form sollen die Zielgruppen angesprochen werden?
- Wie sollen Konflikte besprochen und möglichst gelöst werden?

- Werden bestimmte Gruppen besonders einbezogen?
- Welche Verfahren und Methoden sind für die Kommunikation geeignet und welche nicht?
- Welche Ressourcen stehen zur Verfügung? Wer bezahlt den Beteiligungsprozess?

Rollenverteilung

Vor dem Start des Verfahrens sollte auch festgelegt werden, wer welche Rolle übernimmt. Es ist zum Beispiel wichtig, dass Personen, die eine Rolle mit neutraler Funktion übernehmen, wie der Moderator, sich nicht inhaltlich positionieren und äußern. Umgekehrt sollten die fachlichen Experten, die die inhaltliche Planung vornehmen, in der Regel nicht gleichzeitig moderieren. Eine saubere Rollentrennung beugt Missverständnissen vor.

Beteiligung braucht einen Methodenmix

Bei der Wahl der Methoden gilt es, unterschiedliche Instrumente in Betracht zu ziehen, um die unterschiedlichen Ziele und verschiedene Zielgruppen in geeigneter Form erreichen zu können. Außerdem müssen sie zu den Rahmenbedingungen und der Zielsetzung der Beteiligung passen. So lässt sich grob zwischen Methoden unterscheiden, mit denen sich Interessen und Meinungen ermitteln lassen, wie die aktivierende Befragung, dialogische Interviews oder Fokusgruppen;

- konkrete Inhalte erarbeitet werden, zum Beispiel Planungsworkshops oder Zukunftskonferenzen;
- kreative Ideen gesammelt werden, etwa Open-Space-Veranstaltungen oder Ideenbörsen;
- Meinungsbilder erstellt werden, wie Bürgerforen oder Bürgerversammlungen;
- sich Konflikte lösen lassen, beispielsweise runde Tische oder Mediationsverfahren.

Die folgenden Kapitel geben einen Überblick über diese Methoden.

Grundsätzlich sind Methoden zu empfehlen,

- die auf direkte Ansprache und Dialog setzen,
- die vor Ort stattfinden und in die dortigen Strukturen eingebunden sind,
- die es Laien und Experten gleichermaßen ermöglichen, sich auszutauschen und Ideen einzubringen,
- die insbesondere die unterschiedlichen Bedürfnisse der verschiedenen Zielgruppen berücksichtigen.

Weitere Empfehlungen:

- Methoden sollten möglichst auf verschiedene Zielgruppen zugeschnitten sein.
- Die Entscheidungswege sind klar und deutlich für alle Beteiligten.
- Nach dem Prinzip „small and soon“ ist darauf zu achten, dass es im Beteiligungsprozess möglichst schnell auch sichtbare Ergebnisse gibt.

WEITERFÜHRENDE INFOS

www.partizipation.at

Die Website bietet Informationen über das Thema Partizipation und Nachhaltige Entwicklung in Europa. Von Methoden, über Praxisbeispiele bis hin zu Standards für die Öffentlichkeitsbeteiligung.

Partizipation & Nachhaltige Entwicklung in Europa: Informationswebsite des österreichischen Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

Systemische Intervention

Das Buch liefert anhand von Fallbeispielen und einem Methodenteil viele praktische Anregungen zu Workshops, Großgruppenveranstaltungen und anderen Formaten. Anspruchsvoll und anschaulich zugleich unterstützt es beim Erstellen professioneller Konzepte für Beteiligung und Veränderungsprojekte.

Exner, Alexander u. Königswieser, Roswita: Systemische Intervention. Architekturen und Designs für Berater und Veränderungsmanager, Stuttgart 2008

ZUKUNFTSPAN ALTONA: BÜRGER ENTWICKELN EIN LEITBILD FÜR DIE ZUKUNFT

Von Mitte 2010 bis Mitte 2011 entwickelte der Bezirk Altona gemeinsam mit Anwohnern und Gewerbetreibenden in einem umfassenden Beteiligungsverfahren den „Zukunftsplan Altona“. In dem informellen Plan werden strategische Ziele und Entwicklungen in den Stadtteilen Altona-Altstadt, Altona Nord und Sternschanze für einen Zeitraum von bis zu 20 Jahren festgehalten. Als Grundlage für das Verfahren wurde im „Atlas Altona“ für alle Akteure der Ist-Zustand der Quartiere festgehalten. Zum Einstieg nahm ein „Beteiligungsteam“ auf „Wandertagen in Altona“ Kontakt mit potentiellen Interessierten vor Ort auf. Diese wurden – nach einer Auftaktveranstaltung – zu zwei ganztägigen Kreativwerkstätten eingeladen. In AGs und Fachgruppenveranstaltungen wurden die Ergebnisse vertieft, bevor sie in einer Planungswerkstatt wieder zusammengeführt wurden. Das Verfahren wurde im Auftrag des Bezirkes Altona durchgeführt.

www.zukunftsplan-altona.hamburg.de



Beteiligungsteam Zukunftsplan Altona

Foto: raum + prozess

ALTONA ALTSTADT UM 2030

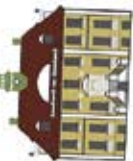
Eine Veranstaltung im Rahmen des:

HAMBURGER
ARCHITEKTUR
SOMMER
2012

Interpretiert und
weitergeleitet durch:
ELBBERG
URBANES DESIGN
FÜR ALTONA
ROTHENBURG

Basierend auf den Ergebnissen des
mehri, altona
BIS ZUKUNFT PLAN
Gefördert durch die
Bezirksversammlung Altona

ALTERNATIVE:
WIEDERAUFBAU DES
HISTORISCHEN RATHAUSES



STADTTEILSCHULE UND
BILDUNGSZENTRUM FÜR
LEBENSLANGES LERNEN
MISCHT SICH MIT WOHNEN.

HIER TREFFT
SICH
ZENTRUM
DES
STADTTEILS

ALTERNATIVEN: SOLL HIER
AUCH GEWOHNT WERDEN ODER
ALLES GRÜN BLEIBEN ?

ODER

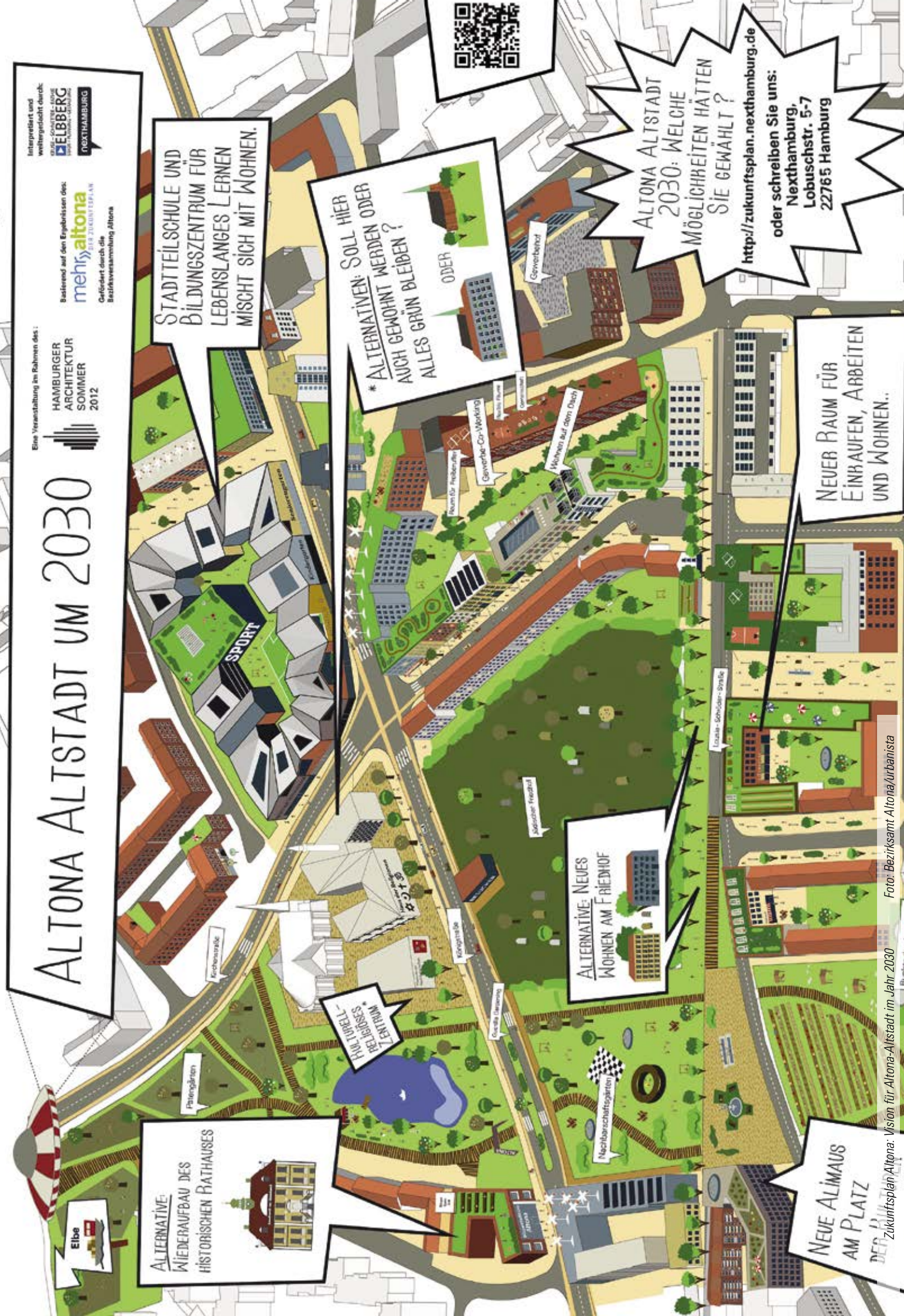
ALTERNATIVE: NEUES
WOHNEN AM FRIEDHOF

NEUE ALI MAUS
AM PLATZ
DER
ALTONA

NEUER RAUM FÜR
EINKAUFEN, ARBEITEN
UND WOHNEN.

ALTONA ALTSTADT
2030: WELCHE
MÖGLICHKEITEN HÄTTEN
SIE GEWÄHLT ?

<http://zukunftsplan.nextthamburg.de>
oder schreiben Sie uns:
Nextthamburg,
Lobuschstr. 5-7
22765 Hamburg



DAS FELD ERKUNDEN

INTERVIEWS, AKTIVIERENDE BEFRAGUNGEN UND FOKUSGRUPPEN

Ein Meinungs- oder Stimmungsbild sollte den Ausgangspunkt für die Bürgerbeteiligung bilden. Die hier gewonnenen Informationen sind nützlich, um die richtigen Methoden zu wählen und den Aufwand sowie mögliche Konflikte einschätzen zu können. Außerdem lässt sich auf diese Weise schon in einem frühen Planungsstadium ermitteln, ob ein Planungskonzept an einem bestimmten Ort überhaupt sinnvoll umsetzbar ist. Hierzu gehört etwa, sich genau zu überlegen, welche Akteure einbezogen werden sollen und welche Interessen, Sichtweisen und Meinungen es gibt.

Um dies herauszufinden, haben sich in der Praxis, abgesehen von der klassischen Umfrage, mehrere Methoden bewährt.

Interviews und die „Aktivierende Befragung“

Wenn erfahrene Rechercheure die Meinungen, Perspektiven und Interessen von relevanten Personen ermitteln, nutzen sie offene Interviews oder standardisierte Befragungen. Interviews etwa eignen sich besonders gut, um einen Überblick über die beteiligten

Akteure und ihre Positionen zu erhalten oder um mögliche Konflikt- und Konsenthemen herauszufinden. Sinnvoll ist es, diese Gespräche anhand eines Gesprächsleitfadens zu führen. Diese Vorgehensweise gewährleistet vergleichbare Ergebnisse.

Die „Aktivierende Befragung“ ist auch als Bürgersteig- oder Treppenhausgespräch bekannt. Die Methode stammt aus der Gemeinwesenarbeit. Die Bürger eines Wohngebiets oder Stadtteils werden nicht nur nach ihren Meinungen und Einstellungen mündlich befragt, sondern gleichzeitig auch ermutigt, aktiv zu werden. Sie sollen für ihre Interessen eintreten und bei der Lösung von Problemen im Gemeinwesen mitwirken. Abschließend werden die Ergebnisse der Befragung auf einer Bürgerversammlung präsentiert und diskutiert. Die „Aktivierende Befragung“ erweist sich vor allem dann als fruchtbar, wenn Veränderungen in einem Untersuchungsgebiet angeregt werden sollen, zu denen die angesprochene Bevölkerung etwas beitragen kann.

ENTWURF RAHMENPLAN BAHRENFELD-NORD: DIALOGISCHE INTERVIEWS ALS EINSTIEG

Als erster Auftakt für ein Beteiligungsverfahren zum Entwurf des Rahmenplanes Bahrenfeld-Nord wurden Dialogische Interviews mit Bewohnern des Gebietes geführt. Ziel war es, als Grundlage für ein künftiges Beteiligungsverfahren, eine Einschätzung von Akteuren als Experten für das Planungsgebiet zu erhalten: Was sind zentrale Themen, Anliegen, Sichtweisen und potenzielle Konflikte? Was sind mögliche Visionen für das Gebiet? Die rund 60-minütigen leitfadengestützten Gespräche wurden mit Anwohnern, Initiativen, Kleingärtnern, Vertreter der Parteien und der Verwaltung geführt. Ergänzt wurde die Untersuchung durch die Befragung zufällig ausgewählter Privatpersonen auf der Straße. Die Ergebnisse wurden auf der ersten öffentlichen Informationsveranstaltung zum Entwurf des Rahmenplanes vorgestellt. Die Befragung wurde im Auftrag der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt durchgeführt.

www.hamburg.de/a7-deckel/



Foto: BSU



Beteiligungsverfahren „Ideen für Stellungen“: Stadtteil-Rundgang mit Bürgern zum Auftakt

Foto: SUPERURBAN

Fokusgruppen – für intensive und kontrastreiche Diskussionen

Bei einer Fokusgruppe handelt es sich um eine moderierte und konzentrierte Diskussion. Im Mittelpunkt steht hierbei ein spezielles Thema oder die Sichtweise einer bestimmten Gruppe. Die Teilnehmer tauschen sich über ihre Wahrnehmungen, Meinungen und Ideen zu einer festgelegten Fragestellung aus. Mit dieser Methode, die aus der Marktforschung stammt, können Ideen generiert sowie zentrale Ansprüche und Erwartungen der Beteiligten erhoben werden. Die Ergebnisse werden dann in einer größeren Runde präsentiert und diskutiert. Eine Fokusgruppe sollte maximal 25 Teilnehmer umfassen und eine Sitzung nicht länger als zweieinhalb Stunden dauern. Zudem zeichnet sich die Gruppe einerseits durch ein gewisses Maß an Homogenität aus. Andererseits sollten auch genügend große Unterschiede vorhanden sein, um eine spannende und kontrastreiche Diskussion zu ermöglichen. Zu den Fokusgruppen können sich Bürger entweder nach Interesse auf größeren Veranstaltungen frei anmelden oder es werden gezielt besonders Betroffene und Experten zu einem Thema eingeladen.

Allerdings sind Fokusgruppen nicht geeignet, um Streitfälle zu schlichten. Das heißt, es sollten möglichst keine Konfliktgruppen zusammenkommen. Die Moderation zielt vielmehr darauf, die Teilnehmer zu umfassenden und detaillierten Statements zu veranlassen. Einzelne Aussagen werden dabei immer weiter vertieft, um so ein möglichst genaues Bild zu erhalten. Obwohl Fokusgruppen nicht repräsentativ sind, lässt sich mit ihnen in kurzer Zeit herausfinden, wie eine bestimmte Gruppe etwa ein Planungsvorhaben sieht.

ALTERNATIVEN ZUR PODIUMSVERANSTALTUNG

WIE INFORMATIONSVERANSTALTUNGEN BESSER GESTALTET WERDEN KÖNNEN

Klassische Informationsveranstaltungen dienen der breiten und gleichberechtigten Information und Diskussion aller Interessierten. Diese Veranstaltungen können dann zu Unmut und Frust führen, wenn zu wenig Austausch stattfindet. Öffentliche Plandiskussionen, die oft als Frontalveranstaltung durchgeführt werden, um in einer Abendveranstaltung eine möglichst große Zahl von Interessierten zu erreichen, können mit geringem Aufwand verbessert werden, z. B. indem

- zusätzliche Methoden der Information und Mitwirkung eingesetzt werden,
- die (räumliche) Atmosphäre und Gestaltung einladend angelegt ist,
- die Präsentation der fachlichen Inhalte stärker an den Kenntnissen der Zuhörer orientiert ist.

Beim Vermitteln komplexer Inhalte sollten die Bedürfnisse, Erwartungen und Vorkenntnisse des Zielpublikums berücksichtigt werden. Wie tiefgehend können die Informationen sein, ohne die Zuhörer zu überfordern? Wie lang und ausführlich darf ein Vortrag sein? Wie konkret sollte der Planungsstand vorgestellt werden? Ist

das Plangebiet bekannt oder sollte vor der Öffentlichen Plandiskussion ein Rundgang durch das Gebiet angeboten werden?

Die richtigen Formate und Methoden

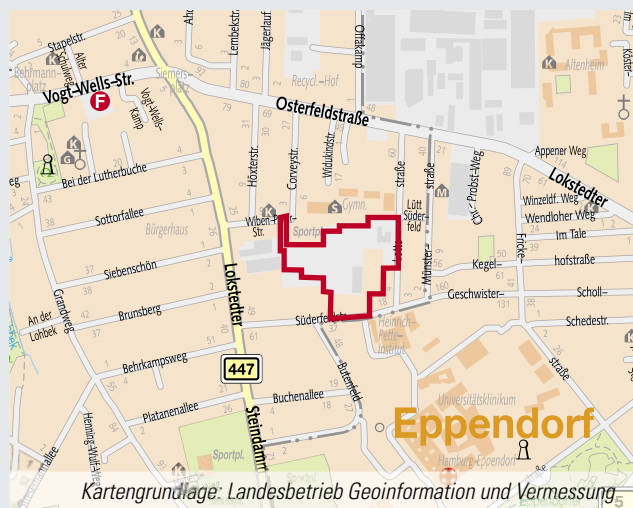
Bewährt haben sich Informationsformate, die bestimmte Methoden und Zugänge mischen. Als Einstieg bietet sich zum Beispiel ein Infomarkt an, der mindestens eine halbe Stunde vor Beginn der Hauptveranstaltung eröffnet wird. Hier finden die Beteiligten alle relevanten Informationen zum Planungsstand. Darüber hinaus stehen kompetente Ansprechpartner – Planer und Gutachter – für Fragen bereit. Auf dem Infomarkt lassen sich auch erste Rückmeldungen, Kritik und Vorschläge strukturiert aufnehmen. Zudem lernen sich die Beteiligten vorab in informeller Atmosphäre persönlich kennen.

Auch für die Hauptveranstaltung nach dem Einstieg empfiehlt es sich, verschiedene Zugänge zu nutzen. Die Teilnehmer werden es als Bereicherung wahrnehmen, wenn sie nicht nur Vorträge zu hören bekommen, sondern sich auch in Diskussionen aktiv einbringen können. Vorstellbar sind auch weitere Methoden, die den Austausch

BEBAUUNGSPLAN-ENTWURF LOKSTEDT 62: MEHR BETEILIGUNG ALS GESETZLICH VORGESCHRIEBEN

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Lokstedt 62 soll die planungsrechtlichen Voraussetzungen für ein neues Wohnquartier mit etwa 300 Wohnungen auf der Fläche eines früheren Betriebshofs schaffen, der mit Altlasten belastet ist. Nach der öffentlichen Plandiskussion gab es eine Vielzahl von Stellungnahmen von Anwohnern zu den Themen zusätzliches Verkehrsaufkommen und Umgang mit bzw. Gefährdung durch die Altlasten. Daher wurden zusätzlich zur öffentlichen Plandiskussion weitere Informationsveranstaltungen angeboten: An zwei Abenden hat der Vorhabenträger über die Planung informiert, an zwei Abenden hat die Verwaltung über die Verkehrssituation und den Umgang mit der Altlast informiert. Durch die umfassende Beteiligung konnte die Diskussion versachlicht und die Befürchtungen der Anwohner deutlich reduziert werden.

www.hamburg.de/stadtplanung-eimsbuettel/2929568/lokstedt-62.html





Videos, Modelle oder Ausstellungen können Planungsinhalte veranschaulichen

Foto: SUPERURBAN

fördern, wie kurze Tischgespräche. Zudem sorgen Kommunikationsmittel wie Videos, Modelle oder eine klassische Ausstellung für Abwechslung. Inzwischen sind bei öffentlichen Plandiskussionen Kurzinformationen zu Anlass und Inhalt des Bebauungsplans üblich, die als Flyer ausliegen.

Vorträge und Diskussionsrunden

Vorträge sind die klassische Kommunikationsform, um Inhalte direkt zu vermitteln. Der Erfolg der Kommunikation hängt in der Regel von drei Faktoren ab:

1. Einer angemessenen Sprache: Oft hat die Fachsprache technische, rechtliche, wirtschaftliche, künstlerische und wissenschaftliche Begrifflichkeiten, die nicht für jedermann verständlich sind oder in der Alltagssprache eine andere Bedeutung haben.
2. Angemessene visuelle Darstellungen: Die Verständlichkeit von visuellen Darstellungen wird häufig überschätzt. Planwerke sind stark abstrahierte Darstellungsweisen, deren Interpretation viel Kompetenz und Vorwissen erfordert.
3. Geeignete Formen der Zuordnung von Sprache und Bild: Was bildlich gezeigt und mit Worten gesagt wird, muss im Kopf des Zuhörers zusammengesetzt werden. Dafür können Hilfen gegeben werden: Was wird gezeigt und was nicht? Wo befindet sich was? Was ist an der Abbildung „wörtlich“ zu nehmen und was nicht?²

Diskussionsrunden ermöglichen den Austausch von verschiedenen Perspektiven. Die Teilnehmer erläutern in kurzen Eingangsstatements ihre Positionen und Argumente. Es sind auch inhaltliche Inputs in Form von Folien-Vorträgen und Referaten denkbar, die jedoch nicht länger als 15 Minuten dauern sollten. Denn es ist wichtig, dass die Diskussion schnell für Fragen und Anmerkungen aus dem Publikum offen steht. Zum Planungsbeginn sind immer auch weitere Untersuchungsbedarfe abzufragen, insbesondere Umweltbelange. Der Moderator muss die Diskussion unbedingt neutral und ohne inhaltliche Interessen führen. Außerdem ist es notwendig, dass die Veranstalter verdeutlichen, was im Anschluss mit den Inhalten und Ergebnissen passiert. Ergebnisse der öffentlichen Plandiskussion werden in der anschließenden Sitzung des

WEITERFÜHRENDE INFOS

Experten-Laien-Dialog

Für dieses Kapitel ist insbesondere in Blick in die Literatur zum Experten-Laien-Dialog hilfreich. Kurz und knapp zum Beispiel hier:

Rambow, Riklef: Zeigen, Erklären, Begeistern!, in: Architektur vermitteln auf Augenhöhe, IFBau & Architektenkammer Baden-Württemberg (Hrsg.), Stuttgart 2010, S. 8 – 13.

Bromme, Rainer u. Rambow, Riklef: Die Verständigung zwischen Experten und Laien: Das Beispiel Architektur, Opladen 1998.

politischen Gremiums für jedermann zugänglich diskutiert und ausgewertet.

Weitere Bedingungen für gelungene Veranstaltungen

Wichtig ist außerdem, den Veranstaltungsort einladend und integrierend zu gestalten. So sollte etwa möglichst kein erhöhtes Podium die verschiedenen Teilnehmer voneinander trennen. Dies erzeugt einen unerwünschten Frontalcharakter. Geeigneter sind offenere Anordnungen, beispielsweise mit Stehtischen oder Stuhlkreisen. Zudem müssen die Organisatoren darauf achten, dass der Raum ausreichend belüftet ist, die Technik funktioniert und genügend Stühle vorhanden sind. Darüber hinaus ist dafür zu sorgen, dass die Veranstaltung barrierefrei zugänglich ist.

Wenn die Hauptveranstaltung beginnt, teilen die Veranstalter mit, wie sie den weiteren Ablauf geplant haben. Das schließt natürlich auch das voraussichtliche Ende mit ein. Jetzt sollten auch eventuelle Spielregeln und klare Zeitabsprachen erläutert werden. Eine Ergebnissicherung, die bei formalen Bauleitplanverfahren auch für die Abwägung nach Baugesetzbuch erforderlich ist, wirkt motivationsfördernd für die Teilnehmenden und ist auch bei offenen Veranstaltungsformen unverzichtbar. Die Planentwürfe, Präsentationsfolien und das Protokoll (nach Auswertung im politischen Gremium) sollten im Internet bereitgestellt werden.

² Zusammengestellt nach: Die Verständigung zwischen Experten und Laien: Das Beispiel Architektur, Rainer Bromme und Riklef Rambow

GEMEINSAM INS ARBEITEN KOMMEN

DIE FUNKTION VON PLANUNGS-WORKSHOPS UND -WERKSTÄTTEN

Um gemeinsam an inhaltlichen Planungen zu arbeiten, bieten sich verschiedene Formate von Workshops an. Dabei sind einzelne „Werkstätten“ methodisch offen, andere Formate folgen einem vorgegebenen Ablauf. Die Formate unterscheiden sich methodisch: durch die Anzahl der Teilnehmer, durch den inhaltlichen Fokus auf konkrete Planungsvorschläge oder eine eher offene Produktion von Ideen und Zukunftsvisionen. Entscheidend ist auch hier oft die Auswahl der Teilnehmer: Für eine „Arbeitsitzung“ sind Größen von 10 bis 30 Teilnehmern oft besser geeignet als Großgruppen.

Die Planungswerkstatt – für einen wechselseitigen Wissenstransfer

In einer Planungswerkstatt können ausgewählte Betroffene und Multiplikatoren gemeinsam mit Experten an unterschiedlichen Themen arbeiten. Die Auswahl der Teilnehmer kann entweder per Los aus allen Interessierten bestimmt werden oder es kön-

nen möglichst repräsentative Interessengruppen eingeladen und weitere Plätze per Los vergeben werden. Die Ergebnisse haben zumeist empfehlenden Charakter. Ein großer Vorteil der Planungswerkstatt ist, dass sie auf einen gegenseitigen Wissenstransfer setzt. Zudem ist sie methodisch nicht festgelegt und daher nach Bedarf variierbar.

Um eine ergebnisorientierte Arbeit zu ermöglichen, sollte die Teilnehmerzahl auf etwa 30 Personen begrenzt werden. Diese sollten verschiedene Perspektiven stellvertretend einbringen können. Repräsentativ ist eine solche Veranstaltung in der Regel nicht. Es empfiehlt sich daher, die Ergebnisse in einer größeren öffentlichen Veranstaltung zu diskutieren und bewerten zu lassen. In Hamburg sind Planungswerkstätten ein vielfach erprobtes Instrument bei der Erstellung von Stadtteil-Entwicklungskonzepten, so zum Beispiel in Hohenfelde, Bramfeld, Fuhlsbüttel oder Langenhorn.

AUSBAU DER A7: IDEENBÖRSEN FÜR DIE HAMBURGER DECKEL

Im Zuge des Ausbaus der A7 werden Abschnitte der Autobahn in Altona, Stellingen und Schnelsen überdeckelt, um die benachbarten Wohngebiete vor Lärm zu schützen und Flächen für die Stadtentwicklung zu gewinnen. Auf den Deckeln sollen Grünflächen mit Parks und Kleingärten entstehen. Im Vorlauf zu den freiraumplanerischen Wettbewerben für die Deckelflächen hat es im Mai 2010 eine Ideenbörse für die Deckel in Stellingen und Schnelsen und im November 2011 eine für den Deckel in Altona gegeben, in denen Vorschläge für die künftige Nutzung und Gestaltung entwickelt worden sind. An den Ideenbörsen nahmen geladene Vertreter der örtliche Initiativen, Parteien und Institutionen sowie interessierte Anwohner teil. Die Ergebnisse der Workshops flossen als Anregungen in die Ausschreibungen der Wettbewerbe ein. Die Ideenbörse für die Deckel in Schnelsen und die Ideenbörse für den Deckel in Altona erfolgten im Auftrag der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt.

www.hamburg.de/a7-deckel/



Foto: SUPERURBAN



Planungswerkstatt zum Zukunftsplan Altona: Bürger arbeiten mit Experten an einem Thema

Foto: Erste Presse

Kreativworkshops und Ideenbörsen – Denken ohne Grenzen

In diesen Formaten steht das Denken ohne Grenzen im Vordergrund. Um auch ungewöhnliche Ideen entstehen zu lassen, sind Methoden wie das Bauen von eigenen Modellen, Erstellen von Collagen, Bildersammlungen oder assoziative Kreativitätstechniken geeignet. Die bekanntesten sind das Brainstorming oder das Mind-Mapping. Beim Brainstorm werden Ideen und Lösungen mit möglichst freier Phantasie gesucht. Wichtigste Regeln sind, keine Kritik an den anderen Ideen zu äußern, Quantität vor Qualität, einen freien Lauf der Assoziationen zu erlauben und dass fremde Ideen aufgegriffen und weitergedacht werden. Die Mind-Map dient zum Strukturieren und Visualisieren von Themen, so dass auf einen Blick komplexe Sachverhalte und Zusammenhänge gezeigt werden können.

Für einen Perspektivenwechsel ist zum Beispiel die Methode der Denkhüte von Edward De Bono sehr geeignet. In dieser Form der Gruppendiskussion vertreten die Teilnehmer unterschiedliche Rollen mit unterschiedlichen Sichtweisen, symbolisiert durch verschiedenfarbige Hüte. Bei der Walt-Disney-Methode strukturiert eine Rollenverteilung den kreativen Prozess. Hier schlüpfen die Teilnehmer in die Rolle des Träumers, des Realisten, des Kritikers und des Neutralen.

Eine andere Möglichkeit ist, die Ideen der Teilnehmer direkt im Workshop durch Schnellzeichner visualisieren zu lassen. So entstehen gleich in der Diskussion Bilder, die zum Weiterdenken anregen. In Hamburg ist dies bei der Interkulturellen Planungswerkstatt im „Weltquartier“ eingesetzt worden. Verbreitet sind auch spielerische Methoden – in Form von Plan- oder Brettspielen, wie z. B. Stadtspieler (www.stadtspieler.com). Die Ergebnisse können als Input zum Beispiel für Wettbewerbsauslobungen verwendet werden.

WEITERFÜHRENDE INFOS

Kreativitätstechniken

Im Internet finden sich mehrere Portale, die verschiedene Kreativitätstechniken für Gruppenprozesse vorstellen und erläutern. Sie enthalten eine Vielzahl von Anregungen für unterschiedliche Zwecke und Vorgehensweisen. Zum Beispiel:

www.alles-k.de

www.kreativitaetstechniken.info/

Zukunftswerkstätten – ein ergiebiges Labor für Visionen

Diese Methode wurde u. a. von dem Zukunftsforscher Robert Jungk entwickelt. Mit einer großen Gruppe von Teilnehmern sollen Ideen und Visionen für die Zukunft erarbeitet, zugleich aber auch deren praktische Umsetzung mitgedacht werden. Die Zukunftswerkstatt folgt einem Ablauf in drei Phasen: der Kritikphase zur Bestandsaufnahme von Problemen und Mängeln, der Ideen- und Fantasiephase zur Entwicklung von Lösungen sowie der Realisierungsphase, um Umsetzungsvorschläge zu konzipieren.

Innerhalb der drei Phasen arbeiten Teilnehmer allein oder in Kleingruppen beziehungsweise im Plenum. Ziel ist es, die Teilnehmenden dazu anzuregen, eine Vielfalt an Ideen und Wünschen zu generieren und für alle sichtbar zu erfassen. Zukunftswerkstätten aktivieren zum Handeln. Deshalb sollten sie vorzugsweise im Rahmen einer tatsächlich geplanten Umsetzung angewendet werden. Diese Methode eignet sich für Kleingruppen mit bis zu 15 Personen wie auch für Großgruppen mit bis zu 200 Personen.

Die verschiedenen Formate haben unterschiedliche Schwerpunkte. In Planungswerkstätten sind oft Information, Mitwirkung und Konsultation und das Erheben eines Meinungsbildes gleichrangig. In den kreativen Formaten steht die Erarbeitung von Inhalten, Zielen und Ideen im Mittelpunkt.

DIE WEISHEIT DER VIELEN NUTZEN

METHODEN FÜR DIE ARBEIT MIT GROSSGRUPPEN

Großgruppenmethoden haben viele Vorteile – bergen aber auch Unwägbarkeiten. Die Vorteile: Alle Beteiligten tauschen Wissen und Erfahrungen aus, vernetzen sich und entwickeln im besten Fall gemeinsame Visionen, Ziele sowie ein Verantwortungsgefühl für das Ganze. Außerdem sind viele Perspektiven vertreten. Deshalb entsteht bei Großgruppenmethoden oft eine eigene Dynamik, die die Kreativität sowie Motivation der Teilnehmer steigert. Sie eignen sich gut als Startschuss mit anschließenden Vertiefungen im Verfahren. Großgruppen mobilisieren aber auch Gefühle, man wird gesehen und fühlt sich gesehen. Dadurch besteht die Gefahr, dass der Wettkampf der Meinungen zu Gesichtverlust oder zur Vertiefung von Gräben beiträgt. Deshalb ist eine erfahrene Moderation notwendig. Ein wichtiger Aspekt ist es, dafür zu sorgen, dass möglichst viele sich in unterschiedlicher Form äußern können. Der Aufwand für die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung großer Veranstaltungen kann in der Regel nur bei wenigen komplexen Planverfahren betrieben werden. Mehrtägige Veranstaltungen sind daher eher die Ausnahme.

Open Space – einfach, aber effektiv

Mit der Open-Space-Methode können Menschen in offener Form Zukunftsvisionen erarbeiten und Ideen für Strategien finden. Häufig dient sie als Initialzündung für ein komplexes Vorhaben, an dem viele Personen mitwirken sollen. Ausgehend von dem Gedanken, dass bei Konferenzen die Pausengespräche das Beste sind, funktioniert Open Space folgendermaßen: Die Veranstaltung verläuft selbstorganisiert. Es wird lediglich ein Leitthema vorgegeben. Die Teilnehmenden benennen selbst Einzelthemen von Arbeitsgruppen, stellen gemeinsam zu Beginn Zeitpläne auf und wechseln frei zwischen den Arbeitsgruppen. Die Ergebnisse werden in den Gruppen protokolliert und am Ende der Konferenz allen Teilnehmern zur Verfügung gestellt. Bei Open-Space-Veranstaltungen kommen bis zu 1.000 Teilnehmer zusammen, die Dauer kann von einem bis zu zweieinhalb Tagen betragen.

BETEILIGUNG MITTE ALTONA: BÜRGERDIALOG BEGLEITET GROSSPROJEKT

2007 hat der Hamburger Senat die Einleitung von vorbereitenden Untersuchungen für ein 75 Hektar großes Areal nördlich des Altonaer Bahnhofs beschlossen, um Möglichkeiten und Risiken einer städtebaulichen Entwicklung zu analysieren. Im Jahr 2010 flossen Anregungen und Ideen der Bürger für die Gestaltung des neuen Stadtquartiers Mitte Altona in die Auslobung zum städtebaulich-landschaftsplanerischen Wettbewerb mit ein. In neun Veranstaltungen – zwei Bürgerforen, zwei Workshops und fünf Interessenkreisen – wurden weitere Gestaltungs- und Nutzungsvorschläge gesammelt. Der erste Workshop mit ca. 80 Teilnehmern war als ganztägige Open-Space-Veranstaltung konzipiert. Die Ergebnisse der Beteiligung wurden in Form von Bürgerforderungen Teil der Senats- und Bürgerschaftsdrucksache zum Masterplan. Das Teilnahmeverfahren wurde im Auftrag der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt durchgeführt.

www.hamburg.de/buergerdialog



Foto: André Poitiers Architekt RIBA Stadtplaner



Mitte Altona: Bürgerbeteiligung im August 2011

Foto: urbanista

Zukunftskonferenzen –

Was wollen wir gemeinsam erreichen?

Unter dem Motto „Bring the whole system in the room“ entwickelte Marvin Weisbord 1994 das Format der Zukunftskonferenz. Besonders wichtig ist es hier, einen Querschnitt der beteiligten und betroffenen Gruppen zusammen zu bringen. Bei Zukunftskonferenzen stehen keine vergangenen Konflikte im Mittelpunkt, sondern künftige Gemeinsamkeiten. Sie eignen sich gut, um sich – gerade mit heterogenen Interessengruppen – zu orientieren und langfristige Ziele sowie Maßnahmen zu entwickeln. Meist läuft sie in vier Schritten ab:

1. Vergangenheit: Was waren die wichtigsten Ereignisse der Geschichte, Wendepunkte und Meilensteine?
2. Gegenwart: Wodurch wird ein Projekt von außen beeinflusst, welche Ressourcen stehen zur Verfügung?
3. Zukunft: Wie soll die Zukunft aussehen?
4. Maßnahmen und Aktionen: Was soll wie umgesetzt werden?

Auf der bis zu dreitägigen Veranstaltung arbeiten im Idealfall bis zu 64 Teilnehmer in acht Gruppen mit jeweils acht Personen zusammen. Deren wechselnde Zusammensetzung – mal homogen, mal heterogen – fördert die Fähigkeit, aus verschiedenen Perspektiven zu denken und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Die Teilnehmer übernehmen quasi eine Stellvertreterfunktion für die wichtigsten Gruppen.

Das World-Café –

neue Perspektiven für sehr große Gruppen

Das World-Café ist eine Methode für bis zu 2.000 Teilnehmer. Sie ist in vielen Situationen einsetzbar, aber besonders gut, wenn heterogene Teilnehmer betroffen sind. Das Prinzip besteht darin, zwanglose Gespräche in Kaffeehaus-Atmosphäre zu führen. Die Teilnehmer sitzen an Tischen mit jeweils vier bis acht Personen, auf denen sich Papiertischdecken zum Beschriften befinden. Sie führen Gespräche zu vorbereiteten Fragen. Diese sind einfach formuliert und machen neugierig auf das Gespräch.

WEITERFÜHRENDE INFOS

Jungk, Robert u. Müllert, Norbert R.: Zukunftswerkstätten. Mit Phantasie gegen Routine und Resignation. München 1989

Brown, Juanita; Isaacs, David: Das World Café. Kreative Zukunftsgestaltung in Organisationen und Gesellschaft, 2007.

Owen, Harrison: Open Space Technology, ein Leitfaden für die Praxis, 2008.

Königswieser, Roswita; Keil, Marion (Hrsg.): Das Feuer großer Gruppen: Konzepte, Designs, Praxisbeispiele für Großveranstaltungen, Stuttgart 2000.

www.worldcafe-europe.net

www.zukunftswerkstaetten-verein.de/

www.futuresearch.net/

Die Teilnehmer wechseln nach der Gesprächsrunde jeweils die Tische, um mit anderen das Gespräch fortzusetzen. Ein Moderator pro Tisch führt als „Gastgeber“ immer wieder zusammenfassend in das Gespräch ein. Abschließend erfolgt eine gemeinsame Reflexionsphase. Das World-Café hat zum Ziel, das aufmerksame Zuhören zu fördern, neue Perspektiven zu ermöglichen und den Respekt für die Sichtweisen anderer zu befördern.

Großgruppeninterventionen sind dann erfolgreich, wenn die Initiatoren offen für Impulse aus den Veranstaltungen sind und die dort verabschiedeten Ergebnisse auch Folgen haben. Veranstaltungen in diesen Formaten sind aufwändig – für den Erfolg sind entsprechende räumliche, zeitliche und logistische Voraussetzungen zu schaffen.

DIE DINGE SELBST IN DIE HAND NEHMEN

VON DER PLANUNGSZELLE ÜBER BÜRGERMODERATOREN BIS ZUR SELBSTORGANISATION

Oft treffen zwischen den Experten aus der Stadtplanung und den Bürgern verschiedene Wissensstände, unterschiedliche Ausdrucksweisen und Bewertungskriterien aufeinander. Wie lässt sich diese Kluft verringern? Es gibt entsprechende Formate, die den Bürger besonders intensiv in die aktive Planung einbeziehen und so noch mehr Verantwortung übertragen.

Planungszelle und Anwaltsplanung

In der Planungszelle lösen etwa 25 zufällig ausgewählte Bürger eine planerische Aufgabe. Sie beraten sich und erarbeiten Vorschläge, die in einem „Bürger-Gutachten“ zusammengefasst werden. Dabei werden sie unterstützt von Moderatoren, Experten oder anderen Betroffenen, die ihnen die notwendigen Informationen zur Verfügung stellen. Das Besondere: Durch die Zufallsauswahl handelt es sich um nicht-organisierte Bürger, die möglichst einen Querschnitt der Bewohnerschaft darstellen.

Es besteht auch dann Bedarf an einer besseren Kommunikation zwischen „Experten“ und „Laien“, wenn sich bestimmte Menschen nur schwer allein Gehör verschaffen können. Das betrifft zum Bei-

spiel benachteiligte oder schwer zu organisierende Gruppen. Für diese Fälle eignen sich sogenannte Bürgeranwälte, die die Interessen dieser Gruppen vertreten und in die Planung einbringen. Diese Form heißt Anwaltsplanung. Beide Formen der Beteiligung sind besonders gut für eine langfristige Interessenvermittlung geeignet und relativ aufwändig.

Bürgermoderatoren und Planning for Real

In Einzelfällen kann es sich auch lohnen, Bürger selbst zu Moderatoren auszubilden. Auf Stadtteil- und Quartiersebene gibt es eine Vielzahl von Gesprächsrunden oder Gremien, in denen sich Bürger für ihre Nachbarschaft engagieren. Doch die Treffen und Veranstaltungen müssen organisiert und moderiert werden. Durch eine Ausbildung zum Bürgermoderatoren lernen die Teilnehmer, welche Rolle sie als Moderator haben, wie sie eine Moderation aufbauen und wie sie Gespräche führen oder mit Konflikten in Veranstaltungen umgehen.

Ein niedrigschwelliges Beteiligungsverfahren ist das sogenannte „Planning for Real“, das in den 1970er Jahren von Tony Gibson

PERGOLENVIERTEL: KONKRETE VORGABEN FÜR GESTALTUNG UND EIN PLANUNGSBEIRAT

Auf einer Fläche von 39 Hektar soll zwischen Barmbek und Winterhude das Pergolenviertel mit bis zu 1.400 Wohnungen entstehen. 2010 wurde in einem dialogorientierten Planungsprozess ein erster Rahmenplan erarbeitet. Um diesen zu konkretisieren, startete 2011 ein mehrmonatiges Beteiligungsverfahren. Nach einem Infoabend für Kleingärtner mit 200 Besuchern sowie einem öffentlichen Forum wurden Einzelthemen in mehreren Workshops in Arbeitsgruppen behandelt. Die im abschließenden Forum präsentierten Ergebnisse flossen in die Auslobung für den städtebaulich-landschaftsplanerischen Wettbewerb ein und werden bei Konzeptausschreibungen für die Grundstücksvergabe berücksichtigt. Ein Planungsbeirat begleitet den weiteren Prozess. Das Beteiligungsverfahren wurde im Auftrag des Bezirksamtes Hamburg-Nord durchgeführt.

www.forum-pergolenviertel.de



Foto: konsalt



Park Fiction: Ein Beispiel für eine erfolgreiche von Bürgern selbstinitiierte und gestaltete Beteiligung

Foto: bildarchiv-hamburg.de

entwickelt wurde. Hierzu wird ein tragbares Modell, etwa aus Pappe, des Ist-Zustands erstellt. Dies wird an öffentlichen Orten gezeigt, um mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen. Der öffentliche Auftritt des Modells erzeugt Aufmerksamkeit. Zudem lassen sich so offen Stärken und Schwächen beleuchten sowie neue Ideen sammeln. Darüber hinaus aktiviert es die Anwohner für das weitere Verfahren. Mit beiden Methoden werden die Kompetenzen der Bürger gestärkt, der Grad der Mitarbeit steigt.

Selbstorganisierte Beteiligung

Daneben gibt es bereits eine Vielzahl von sehr unterschiedlichen Beispielen für selbstorganisierte Beteiligungsangebote von Bürgern, wie z. B. die Initiative „NO BNQ“ zum Bernhard-Nocht-Quartier auf St. Pauli oder die Initiative „Rettet Elisa“ zum Erhalt und zur weiteren Nutzung der Bebauung am Elisabethgehölz in Hamm. Das Spektrum reicht von Initiativen, die gegen konkrete Planungen protestieren, bis zu Zusammenschlüssen, die darüber hinaus eigene planerische Vorstellungen entwickeln.

So wurde in Hamburg die umfassende Umgestaltung am Pinnasberg rund um den Pudel-Club durch das seit Mitte der 1990er Jahre bestehende künstlerisch-gesellschaftspolitische Projekt Park Fiction initiiert und weitreichend mit gestaltet (www.parkfiction.org).

In einer von mehreren Stadtteilinitiativen initiierten „Wunschproduktion“ entwickeln Anwohner seit 2010 Wünsche für das Areal der Alten Rindermarkthalle. (www.unser-areal.rindermarkthalle.de/blog/).

Die Initiative „Komm in die Gänge“ konnte mit großer öffentlicher Unterstützung den Erhalt des Hamburger Gängeviertels durchsetzen. Mittlerweile wurde die Gängeviertel Genossenschaft 2010 eG gegründet, die das Ensemble künftig verwalten möchte (www.das-gaengeviertel.info).

WEITERFÜHRENDE INFOS

Bertelsmann Stiftung: Politik beleben, Bürger beteiligen. Charakteristika neuer Beteiligungsmodelle. Gütersloh 2010. Darstellung von 16 ausgewählten Methoden und Verfahren zur Bürgerbeteiligung, u. a. das von der Stiftung entwickelte BürgerForum, in dem über mehrere Wochen in einem festgelegten internetgestützten Verfahren öffentliche Debatten geführt werden.

Fischer, Corinna; Schophaus, Malte; Trénel, Matthias; Wallentin, Annette: Die Kunst, sich nicht über den Runden Tisch ziehen zu lassen. Ein Leitfaden für BürgerInneninitiative in Beteiligungsverfahren. Stiftung Mitarbeit/Arbeitshilfen Nr. 28, Bonn 2003. Arbeitshilfe mit praktischen Tipps für Bürgerinitiativen, die an einem Beteiligungsverfahren mitarbeiten oder überlegen, ob sie daran mitarbeiten wollen.

www.planning-for-real.de/

VON KIDS BIS ZU SENIOREN

ZIELGRUPPENSPEZIFISCH BETEILIGEN

In der Regel gilt bei Beteiligungsverfahren, dass sich das Angebot an alle Bürger gleichermaßen richten soll. Da nicht alle Bevölkerungsgruppen über die gleichen Möglichkeiten verfügen, sich einzubringen, kann ein spezielles Angebot für besondere Zielgruppen in einzelnen Fällen sinnvoll sein.

Typische Gruppen für besondere Beteiligungsangebote sind Kinder und Jugendliche, Senioren sowie Migranten, die sich in den gängigen Verfahren aus unterschiedlichen Gründen schwerer Gehör verschaffen können als andere Gruppen. Die Angebote für spezifische Zielgruppen können dabei als Ergänzung oder als eigenständiges Verfahren angelegt sein.

Spezielle Beteiligungsangebote für Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche mit klassischen Methoden in Beteiligungsverfahren angemessen einzubinden gelingt selten. Jugendlichen fehlt meist noch das Verständnis für Fragen, die den eigenen Erleb-

nishorizont überschreiten. Hinzu kommt, dass sie es schwer haben, sich Gehör zu verschaffen, wenn Gesprächsrunden von Erwachsenen dominiert werden. Außerdem entsprechen die meisten Veranstaltungsformate nicht ihrem natürlichen Bedürfnis nach Bewegung.

Die Praxis zeigt jedoch, dass besonders bei der Gestaltung von Orten, die für Kinder und Jugendliche von Bedeutung sind, eine positive Beteiligung erzielt werden kann. Dies gilt beispielsweise für Jugendhäuser, Schulhöfe, Spiel- und Sportplätze. Zudem verfügen Kinder als intensive Nutzer über detailliertes Wissen in Bezug auf ihr Wohnumfeld. Für Kinder und Jugendliche hat die Teilnahme als Experten in einem Beteiligungsprozess auch allgemeine positive Effekte:

- Sie lernen durch die Mitarbeit, wie demokratische Prozesse entstehen, Beschlüsse gefasst und umgesetzt werden.
- Sie entwickeln Interesse an politischer Beteiligung.
- Sie stärken ihre kommunikativen Kompetenzen, besonders bei Konflikten.

WELTQUARTIER WILHELMSBURG: INTERKULTURELLE BÜRGERBETEILIGUNG

Die Wohnsiedlung Weltquartier der SAGA GWG aus den 1930er Jahren wurde im Zuge der Internationalen Bauausstellung IBA Hamburg umfassend saniert, modernisiert und durch Neubauten ergänzt. Da die ehemals 1.700 Einwohner des Quartiers aus rund 30 Ländern stammten, wurden Planung und Umbau durch ein interkulturelles Beteiligungsverfahren begleitet. Zum Start befragten mehrsprachige „Heimatforscher“ die Bewohner, was für sie Heimat bedeutet – um auf diesem Weg ins Gespräch zu kommen. Während eines Aktionswochenendes visualisierte ein Schnellzeichner Bewohner-Ideen, am Holzmodell konnten Grundrisse verändert werden, Kinder pflanzten Blumen, drehten einen Kurzfilm und veranstalteten eine Planungsrallye. Die Ergebnisse flossen in die Auslobung für den städtebaulichen Wettbewerb ein. Im Siegerentwurf fanden sich wichtige Wünsche der Bewohner wieder, darunter ein Nachbarschaftstreffpunkt, ein Quartiersplatz und der Erhalt des Grünzuges sowie neue Mietergärten. Die Beteiligung wurde im Auftrag der IBA Hamburg entwickelt und umgesetzt.

www.iba-hamburg.de/themen-projekte/weltquartier/projekt/weltquartier.html



Foto: SUPERURBAN



Projekt „Bunkersuite“: Jugendliche gestalteten zwei Etagen eines Bunkers in Altona komplett um

Foto: JASWerk Hamburg

Bewährt haben sich dabei handlungsorientierte Methoden, wie Phantasie Reisen, Erfindungsspiele oder Wunschbäume, um Wünsche und Ideen anzuregen, Foto- oder Interviewstreifzüge, um die Gebiete zu erkunden, oder verschiedene Formen von Modellbau-Aktionen. Bei der Einbindung von Kindern und Jugendlichen sollte beachtet werden,

- Anreize für die Beteiligung zu schaffen,
- dass die Beteiligung weder über- noch unterfordert, damit es nicht langweilig wird,
- Freiräume zu gewähren, die eine aktive Beteiligung und Verantwortungsübernahme ermöglichen,
- Resultate gegenüber den Teilnehmern zu kommunizieren.

Gesetzliche Vorgaben und praxisorientierte Hilfestellungen

Der § 33 des Hamburger Bezirksverwaltungsgesetz (BezVG) schreibt zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vor, dass das Bezirksamt bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen und entsprechende Verfahren entwickeln muss.

Spezielle Beteiligungsangebote für Senioren

Die Zielgruppe „Senioren“ ist nicht homogen: Es muss unterschieden werden zwischen den mobilen „jungen Alten“, die zum Teil gern und aktiv an Beteiligungsformaten teilnehmen, und den Senioren, die zum Beispiel aufgrund einer eingeschränkten Mobilität nicht an klassischen Veranstaltungen teilnehmen können. Beide Gruppen können auf unterschiedliche Weise eingebunden werden.

Die Erfahrung zeigt, dass Beteiligungsangebote für Senioren eher auf einen kurzen Zeitraum und das direkte Lebensumfeld bezogen sein sollten. Eine spezielle Ansprache von Seniorinnen und Senioren bietet sich zu Themen wie Barrierefreiheit oder der Gestaltungs- und Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raumes an. Es sollte außerdem berücksichtigt werden, dass Senioren gern mit Menschen zusammen kommen wollen. In der Regel sind sie eher über eine persönliche Ansprache zu gewinnen. Auch können lokale Senioreneinrichtungen wie Seniorenbeiräte zur gezielten Ansprache und Wissensvermittlung über die Zielgruppe eingebunden werden. Geeignete Methoden sind etwa Bürgergutachten, Begehungen oder Stadtrundgänge.

Ein Beispiel für die Beteiligung von Menschen aus unterschiedlichsten Kulturen in einem Verfahren ist die Interkulturelle Planungswerkstatt im Weltquartier im Rahmen der IBA Hamburg (siehe Kasten „Praxisbeispiel“).

WEITERFÜHRENDE INFOS

Jugend macht Stadt

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) fördern und erforschen seit 2009 Modellvorhaben zu der Frage, wie Jugendliche in Projekte und Prozesse der Stadtentwicklung einbezogen werden können. Publikationen mit den Ergebnissen, u. a. den „Kompass Jugendliche in der Stadtentwicklung“ (erscheint 2013).

Weitere Links zum Thema

„mitWirkung! – eine Initiative zur Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung“:

www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xml/prj_29854.htm

Servicestelle Jugendbeteiligung e. V. (Ansprechpartner für Jugendbeteiligung):

www.servicestelle-jugendbeteiligung.de

Projektbeispiele zum Thema Stadt und Architektur mit Kindern und Jugendlichen:

www.jugend-architektur-stadt.de

LITERATUR

- Bertelsmann: Politik beleben, Bürger beteiligen – Charakteristika neuer Beteiligungsmodelle, Gütersloh 2010.
- Fatke u. Schneider/Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Kinder-, und Jugendpartizipation in Deutschland, Daten, Fakten, Perspektiven. Gütersloh 2005.
- Stadt Berlin (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung: Handbuch zur Partizipation, Berlin 2011.

DAS EISEN AUS DEM FEUER HOLEN

KONFLIKTE BEARBEITEN: VOM RUNDEN TISCH BIS ZUR MEDIATION

Bürgerbeteiligung lässt häufig Konflikte sichtbar werden. Um diese zu lösen, sollte ein vermittelnder Dialog angestrebt werden.

Bei starken Interessensgegensätzen und gegenseitigen Blockaden helfen oftmals Mediationsverfahren. Für Konflikte, die noch nicht völlig festgefahren sind, können sogenannte runde Tische einberufen werden. Um herauszufinden, wie weit ein Konflikt bereits fortgeschritten ist, sind Modelle wie das der Konflikteskalation nach Friedrich Glasl hilfreich. Glasl unterscheidet neun Stufen der Eskalation von der ersten Verhärtung bis hin zum gemeinsamen Scheitern.

Runder Tisch – für leichte bis mittlere Konflikte

Bei Konflikten, bei denen noch ein Konsens möglich erscheint, bietet sich ein runder Tisch an. Hier sollen möglichst im Einvernehmen Lösungen zu kontroversen Fragen mit unterschiedlichen Interessengruppen erarbeitet werden. Die Vertreter der von einer

Planung betroffenen Interessengruppen diskutieren gleichberechtigt über ein Sachproblem und versuchen eine gemeinsame Lösung zu finden. Der runde Tisch steht für die gleichberechtigte Teilhabe der Beteiligten, die miteinander im Dialog eine von allen Seiten getragene Lösung finden. Im Idealfall ist das Ergebnis von großer Verbindlichkeit, da alle Betroffenen aktiv eingebunden waren. An dem runden Tisch sollten alle wesentlichen Gruppen vertreten sein, aber insgesamt in einer arbeitsfähigen Größe bleiben.

Zu den Erfolgsfaktoren gehört eine fachlich versierte und möglichst neutrale Begleitung. Schon in den ersten Sitzungen sollte geklärt werden, wie die beteiligten Interessengruppen des runden Tisches, die Politik und die Verwaltung miteinander arbeiten und kommunizieren wollen. Zudem muss festgelegt werden, wie verbindlich die Ergebnisse sein sollen. Runde Tische haben keinen standardisierten Verfahrensablauf. Wichtig für einen erfolgreichen Verlauf sind neutrale Moderatoren, die Protokollierung der Diskussion und

ZOB BERGEDORF: EIN RUNDER TISCH

Im Jahr 2000 beschloss die Bezirksversammlung Bergedorf den Bau eines Einkaufszentrums am Bergedorfer ZOB, um dessen Umbau zu finanzieren. Die Bürgerinitiative Bahnhofsvorplatz Bergedorf erwirkte einen Bürgerentscheid gegen das Vorhaben, der auch mit dem Versuch einer Mediation von Seiten der Stadtentwicklungsbehörde nicht abgewendet werden konnte. Nach dem erfolgreichen Bürgerentscheid gegen das Vorhaben wurde ein runder Tisch gegründet, an dem Gruppierungen aus Wirtschaft und Gesellschaft, Politik, Verwaltung und Bürgerinitiative teilnahmen. An dem runden Tisch Zentrum Bergedorf/Lohbrügge beteiligten sich insgesamt 31 Vertreter aus Verbänden und Parteien sowie Bürgerinnen und Bürger. In den sechs Sitzungen des runden Tisches wurde der Informationsstand der Teilnehmer angeglichen und ein gemeinsames Gesamtziel definiert. Das im Konsens verabschiedete Strukturkonzept floss anschließend in das Bauleitplanverfahren ein. Die Konfliktanalyse und der runde Tisch wurden im Auftrag der Stadtentwicklungsbehörde durchgeführt.

www.mediatorgmbh.de/data/downloads/praxisbericht_%20dialogverfahren_hamburg_bergedorf.pdf



Foto: Archiv der VHH/Stefan Meyer



Ein Runder Tisch eignet sich für Konflikte, bei denen ein Konsens noch möglich erscheint

Foto: fotolia

die Vertretung jeder Gruppe durch die gleiche Anzahl stimmberechtigter Personen – unabhängig von ihrer faktischen oder politischen Stärke. Eine unbedingte Voraussetzung für das Gelingen ist – trotz Beachtung bestimmter Rahmenbedingungen – eine grundsätzliche Ergebnisoffenheit der Beteiligten.

Mediation – für schwere Konflikte

Mediationen eignen sich, wenn Konflikte festgefahren sind. Eine Mediation (= Vermittlung) sollte stets extern moderiert werden. Dies kann auch bei runden Tischen hilfreich sein, ist dort aber kein Muss.

Dieses Verfahren, bei dem die Betroffenen gemeinsam nach einer dauerhaften Lösung suchen, ist freiwillig und klar strukturiert. Dabei werden sie von professionellen Mediatoren unterstützt. Es gibt bestimmte Erfolgskriterien, die gegeben sein müssen:

- Alle müssen das Verfahren und den Mediator akzeptieren.
- Den Willen zur Verhandlung und Einigung bei den Konfliktparteien.
- Spielräume, einen Konsens gestalten zu können.

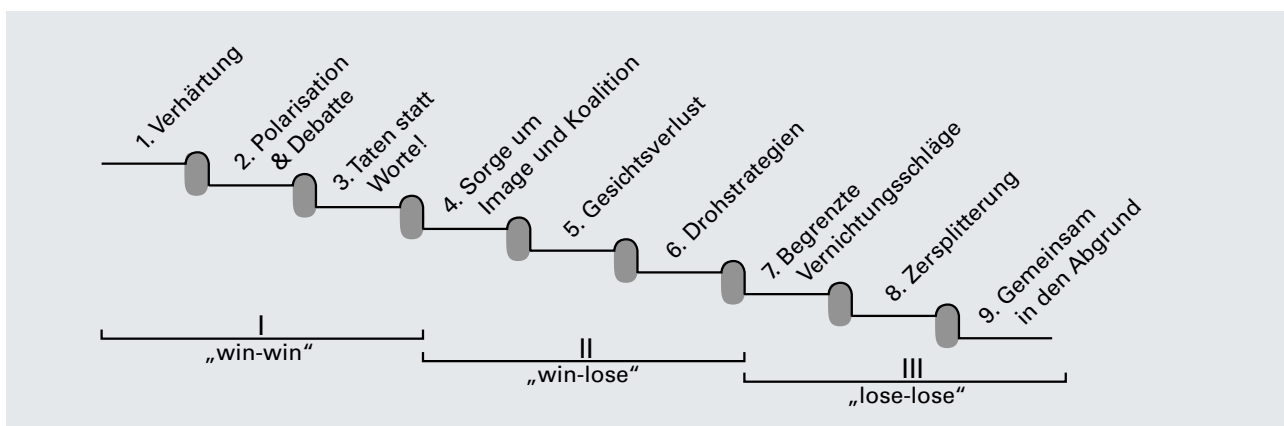
WEITERFÜHRENDE INFOS

Glasl, Friedrich: *Konfliktmanagement: Ein Handbuch für Führungskräfte, Beraterinnen und Berater*, 2011.

Rosenberg, Marshall B.: *Gewaltfreie Kommunikation: eine Sprache des Lebens*, 2007.

- Die Kompetenz der Beteiligten, einen Konsens auch umsetzen zu können.
- Eine fachlich-inhaltliche, aber auch eine soziale und formale Kompetenz (etwa Logik und Abstraktionsvermögen) bei den Beteiligten.

Bei der Mediation wird kein „Urteil“ oder ein Schlichterspruch gefällt. Es werden Voraussetzungen für eine Klärung geschaffen, die für alle Beteiligten einen Vorteil schaffen soll. Bei Planungsprozessen ist der Übergang vom runden Tisch zur Mediation fließend. Häufig werden runde Tische eingesetzt, um z. B. Bürgerentscheide zu vermeiden.



Schema möglicher Konflikteskalation

Grafik: LGV, nach Glasl/Handbuch

TRANSPARENZ SCHAFFEN

DIE BEGLEITENDE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT ZU PLANUNGSVERFAHREN

Die Öffentlichkeitsarbeit ist für eine erfolgreiche Bürgerbeteiligung von entscheidender Bedeutung. Sie hat die Aufgabe, das Projekt und die Beteiligung – als Teil des Gesamtverfahrens – möglichst transparent zu gestalten. Zudem aktiviert sie Personen, die für eine Teilnahme in Frage kommen. Sie sollte frühzeitig starten, die Planungen sowie das Verfahren umfassend darstellen – hierzu gehören etwa Hintergründe, Fakten, Anlass, Akteure, Ziele und Argumente.

Bei größeren Verfahren werden heute teilweise Kommunikationskonzepte entwickelt, die Ziele, Zielgruppen, Botschaften und Bausteine der Kommunikation definieren. Ein Zeit-Maßnahmen-Plan hilft, Ressourcen effektiv einzusetzen. Er beschreibt, wie die PR-Maßnahmen mit den Meilensteinen des Projektablaufes verzahnt werden. Für Großprojekte, zum Beispiel den Hamburger Deckel (www.hamburgerdeckel.de) oder den Zukunftsplan Altona (www.zukunftsplan-altona.hamburg.de), sind auch eigene Marken (Name, Logo und ggf. Slogan) entwickelt worden. Projektname und -logo werden bei Interesse auch gemeinsam mit den Bürgerinnen und

Bürgern oder Multiplikatoren entwickelt. In Billstedt-Horn sowie für den neuen Stadtteil Jenfelder Au ist die jeweilige Marke auf diese Weise entstanden.

Inhalte und Wege einer gelungenen Kommunikation

Kurz vor oder zeitgleich mit der Auftaktveranstaltung sollte ein pressewirksamer „Aufschlag“ stattfinden, der interessante Bildmotive liefert und den Start des Projektes markiert. Beim Auftakt selbst werden die Ziele, Inhalte und das Verfahren mitgeteilt. Wenn die Veranstaltung auf dem jeweiligen Gelände oder im Gebiet organisiert wird, hat dies den Vorteil, dass sich alle Beteiligten gemeinsam mit dem Ort, seinen Besonderheiten und seiner Historie vertraut machen können. Beispiele für Auftaktaktionen sind ein Stadtteilrundgang, eine Ausstellung oder ein kurzes Video, das die Wünsche von Bewohnern festhält.

Wichtig ist zudem, jede Veranstaltung wirksam anzukündigen. Das gilt insbesondere im näheren Umfeld. Außer gut sichtbaren Stra-

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT IM ENTWICKLUNGSRAUM BILLSTEDT-HORN: UMFASSEND UND KONTINUIERLICH

Bis 2020 sollen die Stadtteile Billstedt und Horn zum attraktiven Wohnstandort für Familien entwickelt werden. Seit dem Projektstart wird die Integrierte Stadtteilentwicklung im Entwicklungsraum Billstedt-Horn von intensiver Öffentlichkeitsarbeit begleitet. Es wurde ein Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit erarbeitet, das regelmäßige Basis-Bausteine vorsieht, wie u. a. eine Stadtteilzeitung, eine stetig aktuelle Webpräsenz, monatliche Pressemitteilungen sowie einen Mail-Newsletter für mittlerweile 800 Interessenten – um einen kontinuierlichen Informationsfluss zu gewährleisten. Meilensteine im Planungsprozess und herausragende Projekte werden mit besonderen Aktivitäten begleitet. Der Auftakt des Verfahrens wurde z. B. mit einem Flug im Heißluftballon über das Gebiet eingeleitet. 2012 wurden u. a. ein 3-minütiger Imagefilm gedreht und ein WebVideo-Contest ausgelobt. Die Planung wird jährlich an veränderte Rahmenbedingungen, bzw. die Wünsche der Akteure angepasst.

www.billstedt-horn.hamburg.de



Foto: SUPERURBAN



Weltquartier Wilhelmsburg: Ein Fernseh-Team berichtet über die Beteiligung von Kindern

Foto: SUPERURBAN

ßenplakaten haben sich Flyer oder Info-Briefe bewährt, die in den Briefkästen der Nachbarschaft flächendeckend verteilt werden. Sie stellen sicher, dass alle Haushalte und Betriebe im Umfeld über den Termin und den Ort der jeweiligen Veranstaltung informiert sind.

Kontinuierliche Information: Newsletter und Zeitungen

Bei längeren Verfahren kann ein regelmäßiges Informationsmedium, wie z. B. ein Mail-Newsletter, sinnvoll sein. Hierfür empfiehlt es sich, schon zu Beginn des Verfahrens Adressverteiler zu erstellen und zu pflegen. Im Entwicklungsraum Billstedt-Horn ist der Mailverteiler für den monatlichen Info-Newsletter im Verlauf von sechs Jahren auf rund 650 Adressen angewachsen.

Ein in vielen Sanierungsgebieten etabliertes Medium sind Quartiers- oder Infozeitungen, die die Inhalte der Planungen journalistisch aufbereiten. Wenn genügend finanzielle Mittel vorhanden sind, können so in ausgewählten Quartieren alle Bewohner per Hauswurfsendung umfassend über ein Projekt aufgeklärt werden.

So erreichen Ihre Informationen ein möglichst breites Publikum

Noch immer richtet sich die Öffentlichkeitsarbeit für Beteiligungen vor allem an gut informierte und gebildete Zielgruppen. Mit niedrigschwelligen Angeboten lassen sich jedoch auch Menschen erreichen, die sich sonst kaum mit Planungsthemen befassen. Gute Erfahrungen wurden mit unterhaltsamen Mitmach-Aktionen und Wettbewerben gemacht, die die Inhalte beiläufig vermitteln. Dazu zählen an stark besuchten Orten wie Einkaufszentren auch Info- und Aktionsstände. Hier veranschaulichen Ausstellungen oder Modelle das Projekt, oder es entwickelt sich ein Gespräch mit Passanten.

Personen, die mit der Öffentlichkeitsarbeit betraut werden, sollten im Dialog – vor allem mit weniger informierten Bürgern – die Erkenntnisse für den „Experten-Laien-Dialog“ berücksichtigen. Damit die Vermittlung von Planung gelingt, „muss sie auf die Bedürfnisse, Erwartungen und Vorkenntnisse ihres Zielpublikums zugeschnitten

sein.“³ Wer diese einfachen Regeln befolgt, erhöht die Chance, auch von Nicht-Fachleuten verstanden zu werden.

Zum Standard gehört heutzutage zudem, dass sich große Verfahren im Internet präsentieren. Informationen dazu finden Sie auf den Seiten 36 und 37.

WEITERFÜHRENDE INFOS

Hansen, Renée u. Schmidt, Stephanie: Konzeptionspraxis: Eine Einführung für PR- und Kommunikationsfachleute. Mit einleuchtenden Betrachtungen über den Gartenweg, F.A.Z.-Institut für Management-, Markt- und Medieninformationen. Frankfurt am Main, 2009.



Beteiligung durch Mitmach-Aktionen: city tags

Foto: nexthamburg

³ Rambow, Riklef: Zeigen, Erklären, Begeistern!, in: Architektur vermitteln auf Augenhöhe, Institut Fortbildung Bau gGmbH (IFBau) & Architektenkammer Baden-Württemberg (Hg.), Stuttgart, ohne Datum, S. 9f.

EIN GLOBALES MEDIUM LOKAL NUTZEN

ONLINE-INFORMATION UND -BETEILIGUNG IN PLANUNGSPROZESSEN

Aktuell verfügen 77 Prozent aller deutschen Haushalte über einen Zugang zum Internet.⁴ Das Web bietet damit ein enormes Potenzial für die Bürgerbeteiligung. Doch nur 13 Prozent nutzen es bislang für diesen Zweck, etwa indem sie Stellung beziehen bei einer Petition, einer Debatte über öffentliche Haushalte oder einer öffentlichen Planungsdiskussion.⁵ Daher existieren bislang nur wenige Beispiele interaktiver Online-Beteiligungen – oft mit überschaubaren Nutzerzahlen.

Beteiligung per Mausklick setzt sich nur langsam als Methode bei Stadtentwicklungsverfahren durch. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Der Einsatz diskursiver Beteiligungselemente im Netz ist personell aufwändig. Hinzu kommt, dass passgenaue technische Lösungen erst in den letzten Jahren entwickelt worden sind. Außerdem zögern die Verwaltungen noch mit dem Einsatz, weil nicht allen Menschen in Deutschland das Internet offen steht. Zurzeit nutzt es beispielsweise erst rund ein Drittel der über 64-Jährigen.⁶

Die ganze Bandbreite an Online-Bausteinen anwenden

In Hamburg können sich die Bürger auf zahlreichen Websites über

Bauprojekte und die Möglichkeiten zur Beteiligung informieren. Dabei erfolgt die internetbasierte Kommunikation bei Planungs- und Beteiligungsverfahren (sowohl der Fachbehörden wie auch der Bezirksämter) über die Domain der Stadt Hamburg (www.hamburg.de). Eine zentrale Onlineplattform mit Portalfunktion ist der Auftritt der Stadtwerkstatt (www.hamburg.de/stadtwerkstatt/), die sich für eine neue Planungskultur in Hamburg einsetzt. Für größere Bauprojekte können eigenständige Unterseiten eingerichtet werden (siehe Infokasten).

Wenn Hamburger Projekte mit Bürgerbeteiligung im Internet über die Domain der Stadt Hamburg (www.hamburg.de) kommuniziert werden, können diese eine Vielzahl an Bausteinen verwenden. Dazu zählen ein umfassender Downloadbereich mit Gutachten und Plänen, Protokollen und Präsentationen sowie Broschüren, Newslettern und Pressemitteilungen. Zudem lassen sich Fotogalerien einrichten und Filme einbetten. „Fragen & Antworten“ (FAQs) beantworten regelmäßig gestellte Fragen schon im Vorfeld. Ein Glossar erläutert wichtige Fachbegriffe. Über einfache Voting-Tools können Stimmungsbilder abgefragt werden. Die Verantwortlichen

NEXTHAMBURG: CROWDFUNDING FÜR BÜRGERVISIONEN

Seit 2009 ist in Hamburg Bürgerbeteiligung auch ortsungebunden und zu jeder Tageszeit möglich. Der Fokus liegt auf positiven Impulsen für die Stadtplanung, nicht auf Beschwerdemanagement: Die Plattform NextHamburg bietet angemeldeten Nutzern die Gelegenheit, ihre Stadtvisionen auf der Seite zu veröffentlichen und von anderen Nutzern bewerten und diskutieren zu lassen. Die Sammlung der Vorschläge ist in Buchform erschienen. Langfristig sollen die besten Ideen von Experten auf ihre Realisierbarkeit hin geprüft werden. Über Crowdfunding (Finanzierung von Projekten durch viele Menschen im Internet) sollen künftig Mittel für Machbarkeitsstudien eingeworben werden. NextHamburg wurde auch projektbezogen eingesetzt, u. a. für die Veranstaltungsreihe „Stadt im Dialog“ der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt sowie unter dem Titel NextWilhelmsburg im Auftrag der IBA Hamburg.

www.nexthamburg.de



Foto: nexthamburg



nexthamburg Zukunftscamp Hamburg 2030 im ehemaligen Ohnsorg-Theater

Foto: nexthamburg

des Projekts „Pergolenviertel“ im Bezirk Hamburg-Nord richteten beispielsweise einen Blog – eine Art öffentliches Online-Journal – ein (www.forum-pergolenviertel.de). So können die Bürger unter anderem ihre Wünsche, Fragen und Ideen mitteilen sowie Beiträge kommentieren.

Soziale Medien und Online-Diskussionen

Digitale soziale Medien wie Facebook, Twitter und Google+ erfordern regelmäßige Pflege und Moderation. Aufgrund dieses hohen Aufwands werden sie bislang nur punktuell für Beteiligungsverfahren genutzt. Für das Beteiligungsverfahren zum „Zukunftsplan Altona“ hat der Bezirk Hamburg-Altona eine Facebook-Seite (www.facebook.com/zukunftsplan) eingerichtet, auf der beispielsweise Termine und aktuelle Informationen veröffentlicht werden.

Modellcharakter hatten die Online-Diskussionsverfahren zu den Hamburger Projekten „Living Bridge“ (www.belebte-bruecke.de) mit rund 500 registrierten Nutzern sowie „Domplatz“ (www.hamburg-domplatz.de) mit rund 280 registrierten Nutzern. Vorbildlich war auch die Internetseite von „NextWilhelmsburg“ (www.next-hamburg.de/nextwilhelmsburg). Auf der Plattform beschrieben Interessierte ihre Ideen für die Zukunft der Elbinseln. Darüber hinaus konnten sie die Vorschläge der anderen Teilnehmer kommentieren, bewerten und weiterentwickeln.

Online Bauleitplanung – Hamburger Bebauungsplanverfahren mitgestalten

Informationen zu laufenden Bebauungsplanverfahren finden sich auf den Seiten der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt sowie der Hamburger Bezirke. Als Service für die Bürgerbeteiligung in formalen Bebauungsplanverfahren in Hamburg bietet der Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung die Plattform „online Bauleitplanung“ an (www.hamburg.de/bebauungsplaene-online). Sie zeigt eine Übersicht aller Bebauungspläne und wird monatlich etwa 7.500 Mal angeklickt.

Zurzeit wird zudem schrittweise der Bauleitplanung Online-Pilot (BOP) eingeführt werden. Am Ende sollen – ergänzend zu Plandiskussionen und ggf. anderen Beteiligungselementen – alle Bauleitplanverfahren in Hamburg lückenlos online durchgeführt werden können. Somit wird es beispielsweise möglich sein, während der öffentlichen Auslegungen über das Internet Stellungnahmen zu den Planentwürfen abzugeben. Hiermit verbunden sein wird die Chance, Stellungnahmen unmittelbar in die Planzeichnungen bzw. die Verordnungs- und Begründungstexte einzufügen.

WEITERFÜHRENDE INFOS

Social Media und Social Networks

Das Buch „Social Media Relations“ bietet einen Überblick über die neuen Kommunikationsinstrumente im Web. Beleuchtet wird u. a., dass Social Networking in Kommunikationsstrategie eingebettet werden muss. Mit vielen Handlungsempfehlungen. Social Media Relations: Leitfaden für erfolgreiche PR-Strategien und Öffentlichkeitsarbeit im Web 2.0, 248 Seiten (Juni 2010).

Online-Konsultation

Koop, Alexander, Bertelsmann Stiftung: Leitfaden Online-Konsultation. Praxisempfehlungen für die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger über das Internet. Erhältlich unter www.online-konsultation.de/leitfaden.

Beispiele für größere Planungsprojekte mit eigenständiger Website unter hamburg.de:

- www.hamburg.de/a7-deckel/
- www.zukunftsplan-altona.hamburg.de (Zukunftsplan Altona)
- www.verkehrsplanung-im-sueden.hamburg.de (Verkehrsprojekte im Hamburger Süden)
- www.billstedt-horn.hamburg.de (Entwicklungsraum Billstedt-Horn)
- www.uni-baut-zukunft.hamburg.de (Ausbau der Universität Hamburg)
- www.hamburg.de/eignungsgebiete-windenergieanlagen/

LITERATUR

- Bertelsmann: Politik beleben, Bürger beteiligen – Charakteristika neuer Beteiligungsmodelle, Gütersloh 2010.
- Fatke u. Schneider/Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Kinder-, und Jugendpartizipation in Deutschland, Daten, Fakten, Perspektiven. Gütersloh 2005.
- Stadt Berlin (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung): Handbuch zur Partizipation, Berlin 2011.

SCHLUSSWORT

ANREGUNGEN ZUR ANGEMESSENEN BÜRGERBETEILIGUNG

Bürgerbeteiligung und -information sind zentrale Bestandteile von Stadtentwicklungsprozessen. Es stellt sich nicht mehr die Frage des „ob“, sondern vielmehr des „wie“ und „wie viel“: Wie werden bei einzelnen Vorhaben oder größeren Planungsprojekten die Bürger informiert und einbezogen? Dabei kann es keine Patentrezepte geben, weil sich Rahmenbedingungen und Interessen bei jedem Projekt unterscheiden. Im Sinne eines Praxisleitfadens gibt diese Broschüre Anregungen und Hinweise; Erfahrungen müssen allerdings an konkreten Beispielen gesammelt werden.

Dem wachsenden Bedürfnis der Öffentlichkeit, sich einzubringen, stehen begrenzte Mittel gegenüber. Es geht daher immer darum, angemessen zu beteiligen. Auch mit wenigen Mitteln kann viel erreicht werden. Eine gut gemachte, frühzeitige Beteiligung zur anstehenden Planung, bei der Bürger ausführliche Informationen erhalten, Anregungen und Befürchtungen einbringen können, z. B. bei öffentlichen Plandiskussionen zu Bebauungsplanverfahren, trägt bereits wesentlich zu einem kommunikativen Miteinander und besseren Planungsergebnissen bei. Bei komplexen und längerfristigen Verfahren sind mehrstufige Beteiligungsschritte zu prüfen, auch wenn der Aufwand deutlich höher ist.

Über das Internet können Informationen effizient verbreitet werden; Möglichkeiten der internetgestützten Beteiligung sind zahlreich. Eine direkte Kommunikation zwischen Planenden und Betroffenen bleibt jedoch unverzichtbar. Hier gibt die Broschüre einen Überblick zu Veranstaltungsformen und Beteiligungsmethoden.

Die Broschüre soll Hilfe bieten, bereits am Beginn von Planungsprozessen die Form der Öffentlichkeitsbeteiligung zu wählen, die dem Problem angemessen ist und für die auch alle Verantwortlichen ausreichend Zeit und finanzielle Mittel zur Verfügung stellen können. Es besteht die Hoffnung, dass dadurch potenzielle Konflikte früher erkannt und mögliche Kompromisse besser ermittelt werden können.

Bürgerbeteiligung dient dabei eher zur Meinungsbildung und nicht zur letztendlichen Entscheidung – diese muss von den gewählten politischen Gremien gefasst werden. Bürgerbeteiligung ist fast nie repräsentativ; subjektive Interessen werden geäußert und nicht alle relevanten Gruppen bringen sich ein. Der Verwaltung kommt die Aufgabe zu, sachliche und fachliche Rahmenbedingungen einzubringen, dafür Sorge zu tragen, dass alle, auch nicht artikulierten Belange beachtet werden und die Entscheidung für die politischen Gremien vorzubereiten. Eine offene und partizipative Grundhaltung in Politik und Verwaltung trägt dazu bei, die Planungsprozesse zu verbessern. Fast immer zahlt es sich dabei aus, für eine angenehme und kommunikative Atmosphäre zu sorgen.

IMPRESSUM

Herausgeber

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Neuenfelder Straße 19
21109 Hamburg

www.hamburg.de/bsu

V.i.S.d.P.: Dr. Magnus-Sebastian Kutz

Kontakt für Rückfragen

Amt für Landes- und Landschaftsplanung
Ole Jochumsen
ole.jochumsen@bsu.hamburg.de
Telefon: 040 / 4 28 40-82 81

Konzept, Text und Redaktion

www.superurban.de
und www.schulzehamburg.eu

Gestaltung

Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

Auflage

5.000 Stück, Oktober 2013

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Neuenfelder Straße 19
21109 Hamburg

www.hamburg.de/bsu